



Schpart wider  
an die  
BilduhncK  
Gehvähikkeit  
KEINE-Schanz Für alle  
Wir-Kommen-wieder

DDS

Zeitschrift  
der Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Landesverband Bayern

September  
2010

**Bildungsgerechtigkeit**  
kontrovers, politisch, praktisch

## Bildungsgerechtigkeit – kontrovers, politisch, praktisch

- 3 Wann ist Bildung gerecht?**  
von Dr. Axel Bernd Kunze
- 5 Was heißt hier »Bildungsgerechtigkeit«?**  
von Reinhard Frankl
- 7 Es bleibt spannend in Hamburg – auch nach dem Volksentscheid**  
von Prof. Dr. Valentin Merkelbach
- 9 Pragmatische Lösungen oder ein demokratisches Schulsystem?**  
von Dr. Brigitte Schumann
- 11 Schulpolitik am Gesetz vorbei?**  
von Eckhard Folkmer
- 13 Inclusion International**  
von Gabi Gabler
- 15 »Langsam und leise, friedlich und freundlich«**  
von Harald Morawietz und Harald Dösel
- 16 Kompetent für ein selbstbestimmtes Leben**  
von Prof. Dr. Heiner Keupp

## Was es sonst noch gibt

- 18 »Wir verwalten nur noch die Mängel ...«**  
von Stephan Stadlbauer
- 19 Beurteilung ... Beurteilung ... und sie müssen (dürfen!) doch nicht beurteilen!!**  
von Sybille Plomer
- 20 Arbeitslosigkeit und Tafeln gleichzeitig abschaffen!**  
– eine realistisch-unrealistische Utopie  
von Prof. Dr. Peter Grottian
- 22 »Reifezeiten«**  
Tagung zur politischen Bildung an der Universität Bamberg über den Zeitdruck in Bildung und Politik  
von Michael Görtler
- 24 Dambruch: Schülerhorte in Neu-Ulm bedroht**  
von Günther Schedel-Gschwendtner
- 25 Wer ich bin und was ich will**  
von Gottfried Koppold, neuer stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Bayern
- 26 Erlesenes**  
- Bildungsgerechtigkeit – Eine Ermutigung  
- ... anders als die Hitlerjungen  
- Amokläufer haben einen gesellschaftlichen Hintergrund

## Rubriken

- 28 Dies und Das**
- 30 Veranstaltungen**
- 31 Glückwünsche und Dank**
- 32 Kontakte**

Ab \_\_\_\_\_ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München  
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

**Schulen in Deutschland sind ungerecht.** Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Eine Mehrheit der Eltern von Schulkindern trifft diese Einschätzung. Nur in der Grundschule, in der ja alle Kinder gemeinsam lernen, sind es bemerkenswert wenige (39 %), die das System für ungerecht halten, in Real- und Hauptschulen sind es die meisten (58 %) und sogar im Gymnasium gibt es noch einen erklecklichen Anteil (49 %). Als Ursache sehen die Eltern die fehlende individuelle Förderung, mit der Folge, dass sich ihre Kinder nicht gemäß ihren Möglichkeiten entwickeln können – es sei denn, die Eltern könnten diese Funktion übernehmen bzw. hätten die Mittel, umfassend Nachhilfeunterricht zu bezahlen. Das ist das eine. Das andere ist das Ergebnis des Volksentscheides in Hamburg. Man kann sich die Niederlage damit schönreden, dass ja in Wirklichkeit nur eine Minderheit gegen längeres gemeinsames Lernen gestimmt hat, nämlich 58 % von 39 % der Abstimmungsberechtigten, also noch nicht mal ein Viertel der Bevölkerung. Aber die Tatsache, dass die meisten sich rausgehalten haben, als es um das scheinbare Mega-Thema Bildung ging, kann einen ja nun wirklich nicht fröhlich stimmen. Wir haben noch viel zu tun!  
Karin Just

Der Bayerische Landtag hat den Beschluss gefasst, dass LehrerInnen und ErzieherInnen **freien Eintritt zu Staatlichen Museen** (außer zu Sonderausstellungen) erhalten, wenn sie nachweislich einen Besuch mit einer Gruppe vorbereiten. Nicht staatlichen Museen wurde dies auch empfohlen. Über die Art des Nachweises wird nichts gesagt.

Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 6. Juli 2010 die im Jahr 2007 eingeführte Beschränkung der Abzugsmöglichkeiten von **Arbeitszimmern** für verfassungswidrig. Vor allem LehrerInnen dürfen sich über diese Entscheidung freuen. Nun müssen Kosten für häusliche Arbeitszimmer steuermindernd berücksichtigt werden, wenn kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Ein Informationsblatt findet sich auf der GEW-Homepage: [http://www.gew.de/arbeitszimmer\\_wieder\\_steuerlich\\_absetzbar.html](http://www.gew.de/arbeitszimmer_wieder_steuerlich_absetzbar.html). Das **neue Dienstrecht** ist seit Mitte August im Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet und liegt damit in amtlicher Fassung vor. Wir wollen unsere LeserInnen selbstverständlich ausführlich darüber informieren. Allerdings war der Redaktionsschluss zum Verkündungs-Zeitpunkt bereits vorbei. Wir bitten deshalb um Verständnis, dass wir erst im nächsten Heft darüber berichten.

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle mit Beratung für GEW-Mitglieder:**  
**Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr,**  
**Tel. 0 89-54 37 99 59**  
**Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

## Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: [info@gew-bayern.de](mailto:info@gew-bayern.de) • [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)  
**Redaktionsleiterin:** Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München, ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-54 40 81 0 • Fax: 0 89-538 94 87  
E-Mail: [Karin.Just@gew-bayern.de](mailto:Karin.Just@gew-bayern.de)

**Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:** Verena Escherich, Hannes Henjes, Sabine Herzig, Michael Köhler, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Doro Weniger, Wolfram Witte.

**Gestaltung:** Karin Just

**Bildnachweis** (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Müller-Stauffenberg

**Druck:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München, ☎ 0 89-5 02 99 94

**Anzeigenannahme:** über die Redaktionsleitung

**Anzeigenverwaltung:** Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München,

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: [team@druckwerk-muenchen.de](mailto:team@druckwerk-muenchen.de)

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21,- EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zzgl. Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

**Adressenänderung:** Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

**Redaktions- und Anzeigenschluss:** jeweils am 6. des Vormonates



# Wann ist Bildung gerecht?

In der aktuellen Bildungsdebatte, wie sie sich nach der ersten PISA-Studie entwickelt hat, ist viel von Bildungsgerechtigkeit oder auch vom sozialen Bildungsauftrag der Schule die Rede. Das Kompositum »Bildungsgerechtigkeit« schickt sich an, zunehmend den bisher gängigen Begriff der »Chancengerechtigkeit« abzulösen. Ein Grund könn-

te darin zu suchen sein, dass dieser pädagogisch niemals wirklich befriedigend geklärt werden konnte. Der Schulstreit in Hamburg hat einmal mehr gezeigt, dass auch über die Frage, wann ein Bildungssystem oder eine Schule »bildungsgerecht« ist, keinesfalls Einigkeit besteht: ein Grund, dem Zusammenhang von Bildung und Gerechtigkeit etwas näher nachzuspüren.

## Kann Bildung Gerechtigkeit schaffen?

Bildung und Erziehung sind der grundlegende Auftrag der Schule. Im Unterricht soll den Schülerinnen und Schülern jenes Wissen vermittelt werden, das sie für ein gutes und von anderen unabhängiges Leben brauchen. Zugleich soll die Schule die Einzelnen erzieherisch dazu anleiten, mit dem erworbenen Wissen selbstbestimmt und verantwortlich umzugehen. Unterricht und Erziehung sind zunächst einmal pädagogische Aufgaben.

Damit ist eine wichtige Einschränkung angesprochen: Zwar bleibt das Handeln der Schule abhängig von zahlreichen rechtlichen, politischen oder strukturellen Voraussetzungen, doch kann die Schule als Bildungsinstitution nicht selbst Recht oder Gerechtigkeit herstellen. Dies bleibt eine politische Aufgabe. Mit schöner Regelmäßigkeit wird die Schule dazu aufgefordert, auf bestimmte gesellschaftliche Probleme unmittelbar zu reagieren – egal, ob es dabei um Handyschulden, übermäßigen Fastfoodkonsum, den Umgang mit dem Internet oder den Klimawandel geht. Auch wer meint, die Schule könne soziale Gerechtigkeit herstellen, überlastet diese mit überzogenen Erwartungen, an denen Lehrerinnen und Lehrer in der Praxis zwangsläufig scheitern müssen.

## Gerechtigkeit als Erziehungsziel?

Die Rolle der Schule ist eine andere. Diese ist ein wichtiger Ort der Werterziehung und sozialen Verantwortungs-



Foto: Robert Michel

bildung. Denn Bildung bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass soziale Gerechtigkeit möglich werden kann. Durch die Befähigung zur Selbstbestimmung und durch Stärkung der praktischen Urteilskraft sollen die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzt werden, Gerechtigkeitsprobleme wahrzunehmen, über diese zu reflektieren und schließlich nach Gerechtigkeitsmaßstäben zu handeln. Gerechtigkeit entsteht nicht einfach durch die Anwendung bestimmter Gerechtigkeitsformeln, Normen oder Gesetze. Gerecht zu handeln setzt voraus, diese situationsangemessen anwenden zu können. Die Lernenden hierzu zu befähigen, setzt einen erziehenden Unterricht voraus, der nicht allein Wissen vermittelt, sondern dazu herausfordert, nach dem Wert und der subjektiven Bedeutsamkeit des Gelernten zu fragen.

Wie ein solcher Unterricht bestmöglich gelingen kann, muss nach pädagogischen und didaktischen Prinzipien entschieden werden – im gegenseitigen Austausch zwischen bildungswissenschaftlicher Forschung und pädagogischer Praxis. Eine Gewerkschaft wie die GEW vereinigt sehr viele engagierte Lehrerinnen und Lehrer aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern und schulischen Kontexten. Sie könnte durchaus noch stärker als ein Forum zum kollegialen Austausch von Erfahrungen und pädagogischen Ideen genutzt werden.

## Ungleichheit als Herausforderung

Jedes Schulsystem steht vor der Herausforderung, mit faktischer Ungleichheit umgehen zu müssen. Pädagogisch realisiert sich diese Herausforderung als Aufgabe äußerer und innerer Differenzierung. Das pädagogisch erstrebenswerte Ziel ist dabei, mit der Tatsache von Gleichheit und Ungleichheit so umzugehen, dass aus dieser durch pädagogisches Handeln keine Ungerechtigkeit entsteht oder eine solche sich weiter verfestigt.

Begrenzte Ressourcen zwingen uns dazu, über Gerech-

tigkeitsfragen nachzudenken. Auch die personellen, finanziellen oder organisatorischen Ressourcen der Bildungsförderung sind begrenzt, also jene Voraussetzungen, ohne die bestimmte Bildungsprozesse gar nicht erst denkbar sind. Soweit diese *Chancen zur Bildung* veränderbar sind, ist ihre Verteilung nicht einfach hinzunehmen, sondern sind diese unter Gerechtigkeitsüberlegungen politisch, rechtlich und pädagogisch zu gestalten.

Jeder Mensch hat den gleichen Anspruch darauf, in seiner Würde als Person anerkannt zu werden und sich als ein selbstbestimmt und eigenverantwortlich handelndes Subjekt entfalten zu können. Das Recht auf Bildung darf daher nicht willkürlich oder aufgrund äußerer Merkmale eingeschränkt werden. Über formale Diskriminierungsfreiheit hinaus wird der soziale Rechtsstaat eine Ungleichverteilung an Chancen zur Bildung auszugleichen versuchen. Bildungsaufgaben sind daher auch bei der Berechnung des soziokulturellen Existenzminimums ausreichend zu berücksichtigen.

Die Chancen zur Bildung werden individuell allerdings ganz verschieden genutzt werden und bleiben stets abhängig von sozialisatorischen Voraussetzungen, Haltungen, Motiven und anderen Persönlichkeitsmerkmalen, die zu einem erheblichen Teil Bildung (nicht allein formale) bereits voraussetzen – mit anderen Worten: Die Chancen zur Bildung bleiben abhängig von *Chancen durch Bildung*. Letztere entziehen sich um der personalen Freiheit der Einzelnen willen jeder Standardisierung oder Normierung. Derartiges politisch oder pädagogisch versuchen zu wollen, würde Bildung in Menschenformung und Indoktrination verkehren. Jeder gelingende Bildungsschritt wird ein Prozess der Persönlichkeitsentfaltung, Differenzierung und Ausbildung von Individualität sein.

Daher werden gleiche Chancen auch nicht dadurch zu erreichen sein, dass allen das gleiche pädagogische Angebot gemacht wird. Die Annehmbarkeit und Adaptierbarkeit der verschiedenen Bildungsangebote zu steigern, verlangt danach, die individuellen Identitätsmerkmale, Persönlichkeitsmomente und Voraussetzungen, die heterogenen Bedürfnisse, Interessen oder Fähigkeiten der Einzelnen zu berücksichtigen. Zu achten ist beispielsweise auf besonderen Förderbedarf, vor allem bei sprachlichen Defiziten, auf psychologisch oder psychisch bedingte Einschränkungen oder auf Lernhemmnisse, die aus der früheren Bildungsbiografie resultieren. Wenn jedes Kind optimal gefördert werden soll, ist aber nicht allein auf Defizite, sondern auch auf besondere Fähigkeiten und Begabungen zu achten und pädagogisch differenziert zu antworten.

## Beste Möglichkeiten für alle

Der pädagogische Anspruch auf bestmögliche individuelle Förderung und das bildungspolitische Ziel, allen gleiche Chancen zur Bildung zu sichern, verhalten sich komplementär zueinander. Nur wenn beide Anliegen zusammenspielen, wird von Bildungsgerechtigkeit gesprochen werden können. Bildungsgerecht ist ein Schulsystem dann, wenn jeder die bestmöglichen Bedingungen vorfindet, das ihm individuell mögliche Maß an Bildung auszuschöpfen. Jedes Kind muss die Möglichkeit haben, sich jenen Grad an Bildung zu erarbeiten, der für ein gutes Leben notwendig ist.

Unterschiedlichen individuellen Voraussetzungen und Bedürfnissen gerecht zu werden, setzt sorgfältige pädagogische Diagnostik, zielgenaue Förderung voraus, aber auch pädagogische Herausforderungen, an denen der Einzelne wachsen und reifen kann. Lehrerinnen und Lehrer brauchen für ihre Erziehungsaufgabe, die in den vergangenen Jahren keinesfalls leichter geworden ist, Unterstützung durch Eltern, Schulleitung und Schulverwaltung. Immer höhere Erwartungen an die Lehrkräfte, die in die Rolle von »Ersatzeltern« gedrängt werden, permanenter politischer Reformdruck und strukturelle Überforderung durch zunehmenden Test- und Verwaltungsaufwand ohne Vertrauen in die unbefangene Autorität des Lehrers und seine pädagogische Persönlichkeit – diese Mischung kann auf Dauer nicht gut gehen.

Bildungsgerechtigkeit wird dann auch nicht durch strukturelle Veränderungen allein gelingen, zumal sich ein bestimmtes Bildungsangebot für den einen bildungsfördernd, für den anderen aber bildungshemmend auswirken kann. Nicht zuletzt die Diskussion über ein zunehmendes Schulversagen von Jungen zeigt, dass sich Benachteiligungsstrukturen innerhalb des Bildungswesens verschieben können und eine Überprüfung der gängigen pädagogischen Praxis notwendig sein kann. Notwendig sind differenzierte pädagogische Konzepte und Unterrichtsgänge, ein plurales Angebot und ein durchlässiges Bildungssystem, in dem jeder gelingende Bildungsschritt verschiedene Anschlussmöglichkeiten eröffnet.

Entscheidend aber bleibt bei allen bildungspolitischen Maßnahmen die Qualität der pädagogischen Beziehung – oder wie es ein neuer Buchtitel aus diesem Jahr ausdrückt: »Auf die Lehrer kommt es an!«

### von Dr. Axel Bernd Kunze

Dr. theol., Dipl.-Päd., II. Staatsexamen (Lehramt für die Sek.-Stufe II/I), Vertretungsprofessor für Schulpädagogik mit den Schwerpunkten Bildung und Erziehung an der Universität Trier



# Was heißt hier »Bildungsgerechtigkeit«?

Sogar Josef Ackermann musste nach dem Ausbruch der tiefgreifendsten Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eingestehen, dass er den Glauben an die Selbstheilungskräfte der Märkte verloren habe. Statt abzuwarten, bis jene wieder in ihr Gleichgewicht finden würden, musste auch der Chef der Deutschen Bank – trotz anfänglich gegenteiliger Behauptungen – nach dem Staat rufen, um nicht durch das Aus der Hypo Real Estate (HRE) die Abschreibung ungesicherter Kredite im Umfang von einer Milliarde Euro zu riskieren. Die Verstaatlichung der HRE ließ dann die einen die »Verhinderung des Weltuntergangs« feiern<sup>1</sup>, während sie andere veranlasste, schon das Zeitalter »After Neoliberalism« auszurufen.

## Wiederauferstehung

Angesichts der riesigen staatlichen Investitionsprogramme blitzte auch in der Bildungsgewerkschaft ein Hoffnungsschimmer auf, man könne jetzt das rot-grüne wie das konservativ-bürgerliche Lager »beim Wort nehmen« und parlamentarische Mehrheiten finden, um die jahrzehntelange gezielte Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors, insbesondere des Bildungsbereiches, endlich zu durchbrechen. Doch die kreißenden Bildungsgipfel entpuppten sich nicht nur als Maulwurfshügel, die eine Maus gebären, sondern sogar als Krater schwarz-gelber Tretminen am Wegesrand zur Abwälzung der Krisenlasten auf die Mehrheit der Steuer- und GebührenzahlerInnen. Spätestens seit der Entscheidung gegen eine minimale BAföG-Erhöhung und für privat gesponserte und gesteuerte Stipendien dürfte klar sein, dass der ehemalige hessische Ministerpräsident noch im Abgang brutalst möglich recht hatte: Auch der Bildungsbereich ist keine Insel der Glückseligen, an der die selbstzerstörerische Kalkulation der Profitrate vorbeigehen könnte – und wenn es noch so »gerecht« wäre.

## Prinzip Gerechtigkeit

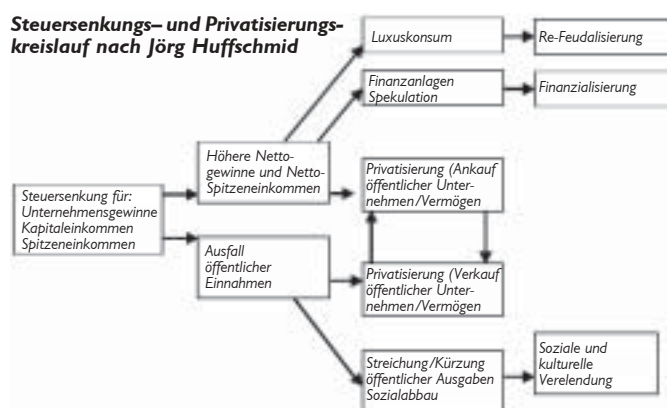
Prof. Friedhelm Hengsbach, Verfechter der katholischen Soziallehre und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, unterteilt das abstrakte Prinzip Gerechtigkeit zur besseren Fassbarkeit gerne in verschiedene »Unterdisziplinen«. Möglicherweise ist »Bildungsgerechtigkeit« auch eine davon. Jedenfalls wird sie nun wieder verstärkt bemüht, nachdem die hochtrabende Rhetorik über die Bedeutung von Bildung im Allgemeinen ein weiteres Mal auf dem Boden der bundesrepublikanischen Tatsachen aufschlug und – die Disziplin der »Verteilungsgerechtigkeit« möglichst außen vor lassend – natürlich wieder ihr ökonomischer Nutzen im Besonderen in den Vordergrund rückt. Und wenn unter dem

<sup>1</sup> Rainer Roth: Verstaatlichung der Hypo Real Estate: Die Verhinderung des Weltuntergangs, Frankfurt a. M., 2009, Download möglich unter: [www.klartext-info.de/broschueren/Hypo-Real-Estate-Bankrott\\_09\\_09\\_2009.pdf](http://www.klartext-info.de/broschueren/Hypo-Real-Estate-Bankrott_09_09_2009.pdf)

Druck der Entwicklung der öffentlichen Haushalte den gewerkschaftlichen Experten für Bildungsfinanzierung jetzt schon der Qualm der demnächst wirkenden »Schuldenbremse« in die Nase steigt, bleibt in der Analyse übrig, dass dieser Tritt auf die Bremse nicht nur eine krisenbedingte Nebenerscheinung und schon gar kein Zufall ist.

## Steuersenkungs-Privatisierungskreislauf oder das Prinzip Kapitalverwertung

Wie schon andere öffentliche Vorsorge- und Versorgungssysteme soll auch das öffentliche Gut Bildung, mit einem geschätzten Marktvolumen von mehr als 2 Billionen US-Dollar, mehr und mehr für jene Kapitalmassen umgebrochen und zugerichtet werden, die auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten rund um den Globus vagabundieren. Diese sind nicht zuletzt durch die Kapitalisierung bzw. Privatisierung öffentlicher sozialer Sicherungssysteme immens angewachsen und haben, im wahrsten Sinne des Wortes, ihr »Scherflein« zu so manch krisenhafter Blase der letzten Jahrzehnte beigetragen.



## »Bildungsrepublik« Deutschland?

Dies hat auch dazu geführt, dass wir in Deutschland noch weit von einer »Bildungsrepublik« – was immer das sein mag – entfernt sind. Deutschland liegt bei den öffentlichen Bildungsausgaben mit 4,4 % des Bruttoinlandsprodukt (BIP) weit abgeschlagen hinter den First Ranks wie Island, den skandinavischen Staaten, USA, Kanada, noch unter dem OECD-Durchschnitt. Angesichts dieser Peinlichkeit versuchen die Regierenden sich nun einerseits mit Buchungstricks einem 7+3 %-Ziel nahe zu rechnen, andererseits suchen sie ihr Heil in der Flucht des Staates aus der öffentlichen Bildungsdomäne und überlassen diese mehr und mehr den Begehrlichkeiten privater Marktakteure, wie von – teils »gemeinnützigen« – Think-Tanks bereits lange gefordert:

- als Kreditgeber für Studiengebühren
- als Anbieter von Produkten für die grassierende Testertis und demnächst auch landesweiter Aufgabenstellungen im Rahmen des Zentralabiturs



- als private Betreiber von beruflichen und allgemeinbildenden Schulen
- als Serviceunternehmen für privat einzukaufenden zusätzlichen Unterricht, in Deutschland als »Nachhilfe« gehandelt (s. Privatisierungsreport 5, GEW 2007) u. a. m.

Private Bildungsanbieter gewinnen dramatisch an Bedeutung  
Datum: 11.9.2009

	1995	2002	2007	Veränderung von 1995 bis 2007
Zahl der allgemeinbildenden Privatschulen <sup>1</sup>	2.118	2.522	3.029	+ 43 Prozent
Zahl der beruflichen Privatschulen <sup>1</sup>	1.483	1.822	1.924	+ 30 Prozent
Schüler/innen an allgemeinbildenden Privatschulen <sup>1</sup>	486.791	590.397	674.892	+ 33 Prozent
Schüler/innen an beruflichen Privatschulen <sup>1</sup>	142.746	197.831	237.488	+ 66 Prozent
Zuschüsse der Länder für private Schulen <sup>2</sup>	2,4 Mrd. €		3,8 Mrd. € (2006)	+ 50 Prozent
private Hochschulen (ohne kirchliche) <sup>3</sup>	24	51	86	+ 300 Prozent
Stellenangebote an privaten Hochschulen (ohne kirchliche) <sup>3</sup>	15.948	33.287	71.130	+ 346 Prozent
öffentliche Zuschüsse für nicht-staatliche Kindertageseinrichtungen (inkl. kommunale Kitas, die in Eigenbetriebe ausgegliedert wurden) <sup>4</sup>	3,15 Mrd. €	4,36 Mrd. € (2006)	5,7 Mrd. €	+ 81 Prozent

Aus dem Privatisierungsreport Nr. 8 der GEW, zusammengestellt aus Zahlen des Statistischen Bundesamtes

## Bildungsgerechtigkeit, soziale Schieflage und das Prinzip des »knappen Geldes«

Was unter diesen Umständen »Bildungsgerechtigkeit« heißt, kann man ahnen, wenn man z.B. eine Verbindung zur sozialen Schieflage des bayerischen Bildungssystems herstellt, mit seinem minusrekordverdächtigen öffentlichen Bildungsanteil am BIP von zwei bis drei Prozent. Für den von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) ins Leben gerufenen »Aktionsrat Bildung« bietet die krisengeschüttelte Zeit des »knappen Geldes« – wie es der vor einem Jahr verstorbene Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn einmal ausdrückte – gute Gelegenheit, in seinem vierten Jahresgutachten 2010 verstärkt die deregulierte, wettbewerbsgesteuerte Organisation von Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Hochschule zu fordern.<sup>3</sup> Unter dem Vorsitz des umstrittenen Ex-Präsidenten der vom Bertelsmann'schen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und der Financial Times Deutschland zur »unternehmerischsten Hochschule Deutschlands« gekürten Freien Universität Berlin, des Botschafters und Mitgründers der neoliberalen PR-Agentur »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft«, Dieter Lenzen (heute Präsident der Uni Hamburg), sieht sich der »Aktionsrat Bildung« wohl keineswegs im Widerspruch zu einer allgemeinen oder zu einer der Hengsbach'schen Unterdisziplinen von Gerechtigkeit, sondern folgt darüber hinaus vielmehr einem genauso hehren Ziel: der Freiheit.

<sup>3</sup> s. dazu Wolfgang Lieb: Jahresgutachten des »Aktionsrats Bildung« 2010: »Bildungsautonomie: Zwischen Regulierung und Eigenverantwortung« <http://www.nachdenkseiten.de/?p=4954>.

## Interessen gegen Interessen

Spätestens an dieser Stelle müsste GewerkschafterInnen bewusst sein, dass es damit aber um nichts anderes geht als um die Freiheit der Verfolgung naturgemäßer Kapitalinteressen. Denen kommt man aber weniger mit der Beschwörung luftiger, klassenübergreifender Höhen von Gerechtigkeitskategorien bei. Denen muss mit ebenso knallharten, auf Basis ökonomischer Bodenhaftung vorgetragenen Interessen aus Sicht der abhängig Beschäftigten begegnet werden. Z.B. mit der Forderung, wenigstens sieben Prozent des BIP für die öffentliche Bildung auszugeben, was für das Jahr 2006 ein Plus von 60 Mrd. bedeutete und unserer Forderung »mindestens 50 Mrd. mehr für die Finanzierung öffentlicher Bildung« entspräche. Dass dies keine realitätsferne Forderung ist, sondern eher noch bescheiden ausfällt, zeigen z.B. immer wieder die vergleichenden Statistiken der OECD sowie das von der AG Bildungsfinanzierung der GEW vorgelegte und vom GEW-Hauptvorstand neu beschlossene Steuerkonzept, das verstärkt sehr hohe Einkommen und Vermögen zur Kasse bittet und so ein zusätzliches Steueraufkommen von über siebzig Milliarden Euro generieren könnte.

## Also: Was heißt hier »Bildungsgerechtigkeit«?

Ob gerecht oder nicht: Als Organisation der ökonomischen Interessen unseres gewerkschaftlichen »Klientels« – und das sind auf dem Gebiet der Bildung die abhängig Beschäftigten im Allgemeinen wie die auf dem Bildungssektor Beschäftigten im Besonderen – haben wir in erster Linie genau nach diesen zu fragen. Und da liegt an vorderster Stelle die Forderung nach einem für alle Menschen (gebühren-)freien und gleichberechtigten Zugang zu Einrichtungen, in denen für BildungsnehmerInnen wie für BildungsarbeiterInnen gute Rahmenbedingungen für eine gute Bildung herrschen. Die verschiedenen Ansätze zur Verlagerung der nötigen Bildungskosten weg von öffentlicher, d. h. steuerlicher, hin zu privater Finanzierung durch die BildungsnehmerInnen, ob wie von vbw & Co. frech und offen vorgetragen, in der Vergangenheit von ParteigängerInnen verschiedener Couleur auch mit Gerechtigkeitsargumenten maskiert oder nun mehr oder weniger indirekt durch neu belebte Austeritätspolitik bewirkt, stehen dem jedenfalls diametral entgegen – in Zeiten der Forderung, dass die Verursacher für IHRE Krise zahlen sollen, allemal. Und wenn Gerechtigkeit – wie mir einmal Friedhelm Hengsbach entgegenhielt – Interessensausgleich bedeutet und dereinst einmal über den derzeitigen gewerkschaftlichen Rahmen hinaus die wirklichen Krisenursachen angegangen werden sollten, dann kann ein bloßer Ausgleich von Interessen nicht genügen.

**von Reinhard Frankl**

Mitglied des Landesvorstandes der GEW Bayern,  
Sprecher AG Bildungsfinanzierung beim GEW-Hauptvorstand + der AG Perspektiven in der GEW Bayern





## Es bleibt spannend in Hamburg – auch nach dem Volksentscheid

Foto: imago/Lars Berg

Nach dem Volksentscheid in Hamburg erschien in ZEIT-Online ein Kommentar von Christian Bangel: »Zäune und Wachmannschaften« mit dem Untertitel »Die Hamburger haben gegen die Schulreform gestimmt. Doch die panische Abgrenzung der Mittelschicht wird das Problem verschärfen.« Bangel hält die These, Kinder lernten besser, »wenn sie unter ihresgleichen seien«, für längst widerlegt. Doch Argumente brauchten die InitiatorInnen des Volksentscheids seiner Meinung nach auch nicht. »Sie zehrten stattdessen von der latenten Furcht vor lernschwachen, gewaltbereiten Kindern aus sozial schwachen Elternhäusern. Sie schürten die Angst, der Mittelschicht könne ein Refugium zivilisierter Erziehung verloren gehen.« Eine solche Wahrnehmung der sog. Unterschicht verstärkte jedoch, so Bangel, deren Isolation. Wer das nicht glaube, solle »junge Migranten auf ihre Erfahrungen mit Bewerbungen ansprechen« oder »junge, gebildete Großstadtbewohner fragen, ob sie ihr Kind in den geliebten Stadtteilen Berlin-Neukölln oder Hamburg-St. Pauli zur Schule schicken«. Deren Abschottung im Schulsystem sei nicht nur volkswirtschaftlich ein Problem, »weil vielen klugen Menschen qua Geburt der Aufstieg verwehrt« bleibe; sie sei auch politisch problematisch. »Denn wie können wir Loyalität zu Demokratie, Grundgesetz und Marktwirtschaft erwarten, wenn die Gesellschaft ihr Versprechen nicht einhält, sie böte jedem eine Chance?« Der Hamburger Volksentscheid zeige, »wie tief die Ängste sitzen.« »Doch wer jetzt Zäune und Wachmannschaften« aufstelle, »um sich vor dem Pöbel zu schützen«, der werde »sie bald auch wirklich brauchen«.

### Die Primarschule – ein Kompromissangebot der CDU

Ebenfalls die ZEIT brachte ein Porträt der Hamburger Bildungssenatorin Christa Goetsch, in dem Martin Spiewak fragt, wie die in einer streng katholischen Familie groß gewordene Professorientochter, für die »bürgerlich« nie ein Schimpfwort gewesen sei, motiviert wurde, sich für eine heiß umstrittene, bei einem Teil der Konservativen tief verhasste Schulreform zu engagieren. Schon in ihrem ersten Schulpraktikum im Frankfurter Bahnhofsviertel habe Christa Goetsch erfahren, was es heißt, ohne Privilegien aufzuwachsen. Als Haupt- und Realschullehrerin an einer »Brennpunktschule«

in Hamburg-Altona, an der sie 22 Jahre unterrichtete, habe sich dann ihr Sinn für Gerechtigkeit geschärft. Spiewak: »In ihrem Unterricht versammeln sich die Kellerkinder des Bildungssystems: Migranten ohne Deutschkenntnisse, Kinder von Sozialhilfeempfängern, aufmüpfige Jugendliche, die dem Gymnasium lästig waren. Dort erlebt Goetsch, »wie Schüler systematisch um ihre Möglichkeiten gebracht wurden«. Sie erprobt neue Unterrichtskonzepte, pakt selbst Türkisch-Vokabeln, engagiert sich in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) als Sprecherin für Migranten – lange vor der ersten Pisa-Studie, als das Thema noch niemand interessierte. Nur die Chancen ihrer Schüler verbessern sich kaum. Erst als ihre Haupt- und Realschule die Trennung zwischen den beiden Schülergruppen aufhebt, ändert sich etwas. Plötzlich werfen die Hauptschüler ihre Lethargie ab, sie haben jetzt Vorbilder und schreiben bessere Noten – ohne die Realschüler in ihren Leistungen zu beeinträchtigen. Für Goetsch ist das ein »Schlüsselerlebnis«, ihre pädagogische Erleuchtung: Gemeinsames Lernen ist möglich.« (ZEIT, 8.7.2010, S. 61)

Mit dieser langjährigen Erfahrung als Lehrerin macht Christa Goetsch unter dem Motto »Neun macht klug« Wahlkampf für gemeinsames Lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit, während ihr künftiger Koalitionspartner für ein Zwei-Säulen-Modell plädiert aus Gymnasium und einer Stadtteilschule, in der Haupt-, Real- und Gesamtschule fusionieren sollen. Zur Frage, wer in den Koalitionsverhandlungen auf die Idee einer sechsjährigen Grundschule gekommen sei, erfährt Martin Spiewak, dass die CDU die sechsjährige Grundschule, die dann als Primarschule Furore machte, den Grünen als Kompromiss angeboten habe.

### Optionen für die notwendige Schulgesetzänderung

Mit dem Volksentscheid hat sich dieses Kompromissangebot der CDU erledigt. Christa Goetsch aber will auch ohne das Herzstück der Reform als Schulsenatorin weitermachen. Mit welcher Perspektive? Wird es der Allparteien-Kompromiss bei einer jetzt wieder vierjährigen Grundschule oder das von Schwarz-Grün 2009 beschlossene Schulgesetz? Wird der Allparteien-Kompromiss und damit der Schulfrieden wenigstens unter den in der Bürgerschaft vertretenen Partei-

en bei der notwendigen Änderung des Schulgesetzes Bestand haben? Oder wird nur wieder ein Kompromiss der Regierenden zustande kommen?

Zur Erinnerung: Nach der 2009 beschlossenen Schulgesetznovelle informierte die Bildungsministerin in einem »Schulbrief« die Schulen über folgende zentrale Änderungen:

- Am Ende der sechsjährigen Primarschule entscheidet die Zeugniskonferenz über die Berechtigung, das Gymnasium besuchen zu dürfen.
- In Stadtteilschule und Gymnasium kann nach Klasse 9 der Hauptschulabschluss und nach Klasse 10 der Mittlere Abschluss (Realschulabschluss) erworben werden.
- Beide Schulformen führen auf direktem Weg zum Abitur; das Gymnasium nach 12, die Stadtteilschule nach 13 Schuljahren.
- Das Sitzenbleiben wird abgeschafft. Es gilt das Prinzip »Fördern statt wiederholen«.
- Das Abschulen wird abgeschafft. »Wer auf einem Gymnasium oder einer Stadtteilschule aufgenommen wurde, kann in den Klassen 7-10 nicht wegen mangelnder Leistung an eine andere Schulform abgegeben werden. Die Schule hat die Verantwortung, die SchülerInnen so zu fördern, dass ein erfolgreicher Übergang in eine berufliche Ausbildung oder die gymnasiale Oberstufe möglich bleibt.
- Gesetzlich festgeschrieben werden Obergrenzen für Klassengrößen: »an der Primarschule und der Stadtteilschule 25 Schülerinnen und Schüler, an Primarschulen in benachteiligten Stadtteilen 20, am Gymnasium 28.«
- »Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf erhalten erstmalig das Recht, eine allgemeine Schule zu besuchen, wenn die Eltern dies wünschen.«<sup>1</sup>

Über diese Gesetzesnovelle gingen, als der Volksentscheid beantragt war, die Verhandlungen zwischen Schwarz-Grün und der SPD mit den vom Schulgesetz abweichenden Vereinbarungen, denen auch die Linkspartei zustimmte:

- Am Ende der Primarschule entscheiden wie bisher am Ende der Grundschule die Eltern, in welche Schule ihr Kind geht.
- In Klasse 7 des Gymnasiums gibt es ein Probejahr, an dessen Ende die Zeugniskonferenz über den Verbleib an der Schule entscheidet.
- Die gesetzlich zugesicherten Klassenobergrenzen in der Primarschule werden noch einmal gesenkt: von 25 auf 23 und in sozial schwierigen Stadtteilen von 20 auf 19 SchülerInnen.

Neu beantwortet und gesetzlich geregelt werden muss nun allerdings, nachdem die Wahlfreiheit der Eltern beim Übergang in die Sekundarstufe I auch durch den Volksentscheid bestätigt wurde, was aus dem gymnasialen Probejahr in Klasse 7 werden soll. Unter den zahlreichen Fragen an die Schulbehörde, wie es nach dem Volksentscheid im neuen Schuljahre weitergehen soll, antwortet die Behörde auf eine besonders brisante Frage: »Bleibt es dabei, dass das Abschulen abgeschafft wird?« *Ja so ist es im gültigen Schulgesetz geregelt*

*und diese Regelung ist vom Volksentscheid nicht betroffen. Wer die Berechtigung für den Besuch der 7. Klasse erworben hat, kann bis einschließlich Klasse 10 nicht abgeschult werden. (<http://bildungsklick.de> 23.7.2010).*

## Die Karten werden neu gemischt

Wer aber entscheidet über diese Berechtigung für den Besuch des Gymnasiums, wenn es die Primarschule am Ende von Klasse 6 nicht mehr verbindlich tut und auch das gymnasiale Probejahr in Klasse 7 sich durch den Volksentscheid erledigt hat? In dem Schulplan, mit dem die CDU in den Wahlkampf zog und in dem die Eltern am Ende der Grundschule die freie Wahl zwischen Gymnasium und Stadtteilschule hatten, war das Problem so geregelt: Bis Ende von Klasse 6 können SchülerInnen zwischen Stadtteilschule und Gymnasium wechseln; danach entscheidet das Gymnasium, wer bleiben darf oder auf eine Stadtteilschule wechseln muss.

Werden die Grünen, die vor der Wahl eine neunjährige »Grundschule« nach skandinavischem Vorbild forderten und vor der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters neu mit dem Koalitionspartner verhandeln müssen, eine solche Lösung akzeptieren? Wie wird die SPD sich positionieren, die am Fernziel der Bundes-SPD, einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse, festhält? Sie hat das von Schwarz-Grün beschlossene Zwei-Säulen-Modell akzeptiert unter zwei Bedingungen: Das Elternwahlrecht zwischen Stadtteilschule und Gymnasium muss erhalten bleiben und die Stadtteilschule darf nicht zu einer Schule zweiter Wahl herabgestuft werden; sie braucht ein klares Profil, das sich an den guten Profilen erfolgreicher Gesamtschulen orientiert.

Das G8-Gymnasium wird in Hamburg auch weiterhin vor allem die Schule der Schnellen und Leistungsstarken bleiben. Werden SPD, Grüne und Linkspartei nach dem Volksentscheid, in dem ein um zwei Jahre verlängertes gemeinsames Lernen verweigert wurde, akzeptieren, dass das Gymnasium das Recht behält, in den Klassen 5 und 6 die langsamen und demotivierten Kinder an die Stadtteilschule abzugeben? Und wie soll das im verabschiedeten Schulgesetz den Kindern mit Behinderungen verbrieft werden, eine allgemeine Schule auch nach der Grundschule besuchen zu können, realisiert werden, wenn dieses Recht letztlich nur in der nicht mehr auswertenden Stadtteilschule möglich ist?

Wird es den Grünen in Verhandlungen mit der CDU, und diesmal vielleicht auch im Einvernehmen mit der Opposition in der Bürgerschaft, gelingen, Rahmenbedingungen zu vereinbaren, die es der Stadtteilschule möglich machen, mit dem Gymnasium in einen fairen Wettbewerb um das Vertrauen der Eltern einzutreten, um so auch die weiterhin privilegierte Schulform pädagogisch herausfordern zu können? Oder wird die neue Schulform unter der Last ihrer Aufgaben, vor allem in sozial schwierigen Stadtteilen, sehr bald das Schicksal der Hauptschule ereilen? Es bleibt spannend in Hamburg – auch nach dem Volksentscheid.

**von Prof. Dr. Valentin Merkelbach**  
Prof. i. R. Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt

<sup>1</sup> Vgl. V. Merkelbach: Ein Volksentscheid und die Aussichten auf Schulfrieden in Hamburg: <http://user.uni-frankfurt.de/~merkelba/> April 2010, S. 4 bzw. S. 5



# Pragmatische Lösungen oder ein demokratisches Schulsystem?

Es mehren sich Hinweise, dass die sogenannte Zweigliedrigkeit – ein irreführender Begriff angesichts der Existenz eines ausdifferenzierten Sonderschulsystems neben dem Regelschulsystem – zum neuen Strukturmodell auch in den westdeutschen Bundesländern werden wird. Nach Hamburg wollen auch Berlin und Bremen darauf zusteuern. Bildungspolitisch besticht diese Lösung wohl dadurch, dass die gefürchtete Kontroverse mit der Gymnasiallobby vermieden wird. Das eigentliche Problem unseres Schulsystems lässt sich aber so nicht auflösen: die Unvereinbarkeit der hohen sozialen Selektivität mit dem Anspruch auf gleichberechtigten Zugang zu guter Bildung für alle in einer demokratischen Gesellschaft.

## **Gesamtschulsysteme sind gerechter und besser**

Zu diesem Ergebnis kommt auch die Untersuchung von Prof. Bacher, Leiter der empirischen Sozialforschung am Institut für Soziologie der Universität Linz. In einer Re-Analyse der PISA-Daten aus dem Jahr 2003 hat er alle europäischen Länder, in denen SchülerInnen bis zum Alter von 15 bzw. 16 Jahren in eingliedrigen Gesamtschulsystemen miteinander lernen, mit jenen Ländern verglichen, in denen die äußere Differenzierung früher anfängt. Als Kriterien für den Vergleich wurden neben der Abhängigkeit der Testleistungen von der höchsten beruflichen Position der Eltern ausgewählt: das durchschnittliche Leistungsniveau, der Anteil der RisikoschülerInnen, der Anteil der SpitzenschülerInnen und die individuelle Unterstützung durch die Lehrkräfte.

Als Ergebnisse fand er heraus:

In den Ländern mit eingliedrigen Systemen, in denen die SchülerInnen bis zum 15. oder 16. Lebensjahr gemeinsam lernen, gelingt es signifikant besser als in allen früher differenzierenden Systemen, die soziale Selektivität zu reduzieren. Darüber hinaus werden SchülerInnen dort individuell deutlich besser gefördert. Die Zahl der sogenannten RisikoschülerInnen wird reduziert und das Durchschnittsniveau im Lesen erhöht. Eine Leistungsnivellierung konnte er nicht feststellen. Außerdem bestätigte er die Er-



kenntnis: Je früher das Erstselektionsalter, desto höher die soziale Selektivität.

Dass Zweigliedrigkeit keine Lösung ist, lässt sich auch mit Blick auf Österreich zeigen, das ein zweigliedriges Schulsystem hat. Die enge Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft sowie der hohe Anteil der sogenannten RisikoschülerInnen sind auch für Österreich charakteristisch.

Auch Sachsen, das als deutscher Sieger in den PISA-Testleistungen stets als Beweis für die Vorteile der Zweigliedrigkeit angeführt wird, glänzt nicht durch größere Chancengleichheit. Im Gegenteil, die Abhängigkeit der SchülerInnenleistungen von der sozialen Herkunft ist dort noch ausgeprägter als in vielen anderen deutschen Bundesländern. Die sächsische Quote der kompetenzarmen SchülerInnen liegt über dem Bundesdurchschnitt. Die guten Testleistungen, mit denen Sachsen sich brüsten kann, werden erkaufte mit dem hohen Anteil jener SchülerInnen, die einfach durch eine Überweisung in das Sonderschulsystem aus den Leistungserhebungen herausgerechnet werden.

## **Die Zweigliedrigkeit verbaut die Reformperspektive »einer Schule für alle« auf lange Zeit**

Diese Lösung ist auch kein Zwischenschritt zu einer Schule für alle, wie manche meinen. Sie verbaut die Reformperspektive für ein eingliedriges System – und das auf lange Sicht.

Einerseits verschwindet mit der Abschaffung der integrierten Gesamtschule der Schultyp aus der öffentlichen Bildungslandschaft, der wie ein Stachel im Fleisch des selektiven Schulsystems die Vision von einem gemeinsamen Lernen aller SchülerInnen aufrechterhalten hat und für immer mehr Eltern zu einer Alternative zum herkömmlichen Gymnasium geworden ist. Andererseits folgt man einmal mehr der Tradition in Deutschland, notwendige Strukturreformen am Gymnasium scheitern zu lassen, indem man dieses für unantastbar erklärt.

Zu Recht stellt sich die Frage, welche Interessen sich mit dem Gymnasium verbinden, dass die Bildungspolitik die Chance auf ein besseres System für alle Kinder ausschlägt. Warum ist die Bildungspolitik sogar bereit, die völkerrechtlich für Deutschland verbindliche UN-Behindertenrechtskonvention zu missachten, die ein allgemeines und inklusives Schulsystem fordert?

### **Das Gymnasium sichert Bildungsprivilegien**

Es ist wahrhaftig nicht die Pädagogik des Gymnasiums, die seine Beliebtheit bei den gymnasialorientierten Eltern

ausmacht. Im Gegenteil, ist doch die pädagogische Qualität des Lernens mit der vermeintlichen Effizienzsteigerung durch die Verkürzung der Lernzeit bis zum Abitur auf acht Jahre (G8) noch stärker gesunken.

Der Charme des Gymnasiums liegt auch heute noch entscheidend darin, dass mit der frühen Aufteilung Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern ihre Startvorteile oder Privilegien gegenüber Kindern aus der Unterschicht sichern können.

Soziale Selektivität in Deutschland bedeutet, dass Kinder mit kulturellem und sozialem Kapital im Vergleich zu Kindern ohne dieses eine mehrfach bessere Aussicht haben auf den Besuch des Gymnasiums und den Erwerb des Abiturs.

Das Bedürfnis der individuellen Chancensicherung ist in den bildungsnahen Mittelschichten deutlich mit dem Abbau des Sozialstaats und der Wirtschaftskrise gewachsen. Dazu gehört, dass die Bildungschancen des eigenen Kindes verbessert werden müssen. Kostet es, was es wolle. Gleichzeitig kennt die soziale Mitte auch die Angst vor dem sozialen Abstieg. Diese verstärkt den Wunsch, die Wettbewerbschancen des eigenen Kindes zu verbessern, und lässt das Gymnasium wegen seiner sozialen Schließung vorteilhaft erscheinen.

Mit der Sicherung von Bildungsprivilegien geht gleichzeitig die erwünschte soziale Trennung der Kinder aus den mittleren Schichten von Kindern der Unterschicht einher. Milieustudien zeigen auf, dass dieser Wunsch nach Abgrenzung seitens der bildungsnahen Elternhäuser sehr stark ausgeprägt ist.

### **Schule in einer Demokratie sieht anders aus**

Diese beiden individuellen Motive, Sicherung des Wettbewerbsvorteils und der sozialen Trennung, sind wesentliche Erklärungen für die Beliebtheit des Gymnasiums heute. Sie bildungspolitisch zu bedienen, wie dies mit dem Modell der Zweigliedrigkeit geschieht, führt zu einem Konflikt mit den Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Eine solche Entscheidung ist dysfunktional zu dem Anspruch auf Bildung in einer demokratischen Gesellschaft.

Es ist an der Zeit, dass ein halbes Jahrhundert nach dem revolutionären Urteil des Obersten Gerichtshofes der USA gegen Rassentrennung in der Schule unsere Parlamente in Deutschland die Trennung unserer Schüler und Schülerinnen nach Leistung – die ja die Trennung nach sozialer Herkunft nach sich zieht – endlich gesetzlich verbieten.



Foto: Robert Michel

**von Dr. Brigitte Schumann**

Bildungsjournalistin

ifenici@aol.com







Am 30. März 2007 unterzeichnete Deutschland die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit einer Behinderung. Ende 2008 wurde die Konvention im gleichen Wortlaut von Bundestag und Bundesrat als Bundesgesetz verabschiedet und trat am 26. März 2009 für Deutschland und damit auch für Bayern in Kraft.

Die Konvention besteht aus 50 Artikeln, in denen es um die Rechte von behinderten Menschen geht, wie z. B. Achtung der Privatsphäre, Achtung der Wohnung und Familie, Achtung der Gesundheit und eben auch um Bildung.

Das Besondere an dieser UN-Konvention ist, dass sie eine Menschenrechtsdimension ins Spiel bringt und Behindertenpolitik und -bildung aus dieser Perspektive betrachtet. Es gibt nicht nur ein Recht auf Bildung, sondern das Recht auf Bildung soll frei von Diskriminierung und chancengleich sein.

Behinderte Menschen haben das Recht, gleichberechtigt und selbstbestimmt am öffentlichen Leben und damit auch am öffentlichen, normalen Schulleben teilzunehmen: Sie haben das Recht, in die Regelschule zu gehen.

### **Zum Gesetzestext Artikel 24**

In der deutschsprachigen Fassung wurde zunächst zu einem Übersetzungstrick gegriffen: Aus dem Original und im englischen Gebrauch »Inklusion« wurde »Integration«. Diese bewusst fehlerhafte Übersetzung ging auf eine politische Willensentscheidung der Kultusministerkonferenz (KMK) zurück, die glaubte, der manipulierte Begriff schaffe weitgehende Übereinstimmung zwischen deutschen Schulverhältnissen und Zielen der UN-Konvention, zeige Deutschland bereits auf gutem Weg, strukturelle Schulreformen seien also nicht nötig.

Politisch sollte der irreführende Eindruck erweckt werden, es ginge in der Konvention lediglich darum, die Integration von Behinderten in das bestehende Regelschulsystem zu optimieren. Die grundsätzliche Unvereinbarkeit unseres ausgrenzenden, aussondernden Regel- und Sonderschulsystems mit dem Anspruch der Konvention auf vollständige Inklusion sollte schlichtweg gelehnet werden.

Der »Übersetzungstrick« provozierte sehr schnell heftigsten Widerspruch einer kritischen Öffentlichkeit und die Bun-

desregierung wurde aufgefordert, sich an den Geist der Konvention zu halten. Inzwischen spricht auch der bayerische Kultusminister von Inklusion!

### **Der Begriff Inklusion**

Deutsches Institut für Menschenrechte: »Inklusion ist ein aus dem Englischen kommender völkerrechtlicher Begriff, der ohne Weiteres im Deutschen übernommen werden kann. Es lässt sich auf jeden Fall feststellen, dass die im Namen der Inklusion vorgetragenen Ansprüche auf eine Öffnung gesellschaftlicher Bereiche für die Teilhabe für Menschen mit Behinderung über das hinausgehen, was traditionell mit Integration bezeichnet ist. Es geht nicht darum, innerhalb bestehender Strukturen Raum zu schaffen auch für Behinderte, sondern gesellschaftliche Strukturen so zu gestalten, dass sie der realen Vielfalt menschlicher Lebenslagen von vornherein gerecht werden.«

Inklusion bezeichnet das selbstverständliche und gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen von Anfang an. In der Schule, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Leben – unabhängig von Begabungen, Behinderungen, Einschränkungen. Das bedeutet: Nicht mehr die einzelnen Menschen müssen sich anpassen, sondern die Bedingungen müssen so sein, dass alle ganz selbstverständlich teilnehmen können. Damit ist Inklusion mehr als Integration, die meist ein nachträgliches Wieder-Eingliedern bedeutet, der vorherige Aussonderung vorausgeht. Integration verlangt eine Anpassungsleistung von behinderten Menschen, bevor sie in das allgemeine Schulsystem integriert werden können. Inklusion nimmt nicht primär die »behinderten« Menschen in den Blick, sondern das System und fordert von diesem die Anpassung an die individuellen Bedürfnisse aller, unabhängig von ihren jeweiligen Besonderheiten.

Inklusion bedeutet, dass auch Behinderte das Recht haben, in die Regelschule ihres Sprengels zu gehen und dort notwendige Förderung und Unterstützung zu erhalten. Inklusion bedeutet aber genauso, dass die Regelschule so gut ausgestattet ist, dass sie niemanden mehr aussondern muss.

Es geht also nicht nur darum, mehr Behinderte in die bestehenden Regelschulen zu integrieren, es geht mindestens

genauso um die notwendige Unterstützung an den Regelschulen und um eine Umstrukturierung unseres derzeitigen selektiven Schulsystems.

## Umsetzung von Konvention und Gesetz

### 1. UN-Konvention:

Die Konvention setzt für die Umsetzung keine Frist, aber als internationales Abkommen ist sie ein Rechtsakt mit der Verpflichtung zur schrittweisen Umsetzung. Der Grundsatz der Bundestreue verpflichtet die Länder zur Umsetzung völkerrechtlicher Verpflichtungen, die der Bund eingegangen ist. National und international wird überwacht, ob Vereinbarungen eingehalten werden. National ist das Deutsche Institut für Menschenrechte dafür zuständig, international die zuständigen Gremien des UN-Menschenrechtshochkommissariats in Genf. Der UN-Menschenrechtsrat kann Beobachter zur Überwachung der Menschenrechtssituation in Mitgliedsstaaten senden. Zu uns kam Sonderberichterstatte Vernor Munoz und stellte u. a. fest, dass in Deutschland die Einbeziehung behinderter Menschen in die Regelschulen nicht die Norm ist. Folglich kann die vom Staat propagierte Integrationspolitik als Politik der Absonderung ausgelegt werden, die letztlich dazu führt, dass die meisten behinderten Kinder eine Sonderschule besuchen.<sup>1</sup>

Unser Kultusminister verkündete dazu in der Presse, er werde sich mit aller Kraft gegen eine Aufgabe der Förderschule zugunsten eines inklusiven Schulsystems stemmen, und bezeichnete die Forderung nach gemeinsamen Unterricht für alle Kinder als »doktrinär«.

Der Bayerischen Elternverband erhob Widerspruch: »Wir sind empört«, erklärte dessen stellvertretende Vorsitzende, »dass der Kultusminister die UN-Konvention mit Füßen tritt.« Er müsse sich von Elternverbänden und Behindertenorganisationen die Frage stellen lassen, ob er als Minister mit einem solchen Rechtsverständnis nicht fehl am Platz sei.

### 2. Bundesgesetz

Bei der Frage der Umsetzung geht es jetzt nicht mehr nur um Integration und/oder Inklusion, auch nicht um den wissenschaftlichen Diskurs über Integration oder Sonderbeschulung, den es bereits seit Anfang der 70er Jahre gibt. Im Kern geht es jetzt um Rechtsstaatlichkeit und Demokratie!

Ein demokratischer Grundsatz ist, dass die Legislative ein Gesetz beschließt, das die Exekutive ausführen muss. Exekutive beginnt hier beim Kultusminister und reicht über die öffentliche Verwaltung zum Schulamt.

Alle sind dem Gesetz verpflichtet! Verpflichtet, es umzusetzen, verpflichtet, es einzuhalten! Es ist nun demokratischer

<sup>1</sup> Überhebliche Reaktionen gab es damals besonders vom bildungspolitischen Sprecher der FDP und dem Präsidenten des deutschen Lehrerverbandes: So hieß es beispielsweise, dass »ein Professor aus Costa Rica« (...) »der kaum des Deutschen mächtig [sei] sich (...) [er] dreiste (...) [den Deutschen] die Leviten zu lesen (...)«. Des Weiteren wurde unter der Überschrift »Der UN-Querulant aus Costa Rica« gemutmaßt, dass die »Nörgeleien« auf »Einflüsterungen« zurückzuführen seien und »Widerrede eine patriotische Pflicht« gegen die Verschwörung des »internationalen Gesamtschulkartells« sei. Zu solchen Aussagen hieß es in einem Kommentar der SZ: »Deutschland benimmt sich wie ein Schurkenstaat und einzelne Politiker wie Despoten.« (Alle Zitate: Wikipedia zum Bericht von V. Munoz)

Wille, dass die Behinderten das Recht haben, ganz normal wie alle andern in die Regelschule ihres Sprengels zu gehen und dort entsprechend ihrem Förderbedarf gefördert zu werden. Da dies nur in einem inklusiven Schulsystem möglich ist, ist es demokratischer Wille, ein inklusives Schulsystem einzuführen.

Doch wie wird mit diesem Gesetz, in dem es um ein Menschenrecht geht und um völkerrechtliche Vereinbarungen, umgegangen?

ExpertInnen sagen, die Bundesländer sind jetzt verfassungsrechtlich verpflichtet, schrittweise ein inklusives Bildungssystem zu entwickeln. Die Konvention begründet aber auch zusätzlich ein subjektives Recht auf gemeinsames Lernen von Behinderten mit Nichtbehinderten, was laut Gutachten des führenden deutschen Völkerrechtlers Prof. Dr. Eibe Riedel vom Januar 2010 »unmittelbar wirksam« ist. Das heißt, das Recht gilt und ist gerichtlich einklagbar. Dies will die KMK nicht zur Kenntnis nehmen. Ihre Juristen kommen in einem Gutachten zu der Feststellung, dass Artikel 24 der UN-Konvention gar keine unmittelbaren subjektiven Rechtsansprüche begründet. Die Länder hätten demnach relativ große Gestaltungsspielräume bei der Umsetzung.

Verständlich, dass Forderungen dieses Gesetzes nicht über Nacht erfüllt werden können. Rechtsstaatlichkeit bedeutet aber, ein Gesetz nicht zu ignorieren, sondern schrittweise umzusetzen und zwar in erkennbaren Schritten.

Aktueller Stand: Vom bayerischen Weg der Integration durch Kooperation zum bayerischen Weg der Inklusion durch Kooperation!

Die Umsetzung der UN-Konvention soll nicht bruchstückhaft erfolgen, sondern im Rahmen eines Gesamtkonzeptes. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aller Fraktionen im Bayerischen Landtag hat dazu eine Grundkonzeption erarbeitet. Seit August 2010 liegt dem Landtag ein entsprechender Entwurf zur Änderung schulgesetzlicher Vorschriften vor. Er soll demnächst ins Anhörungsverfahren gehen. Das Kultusministerium hat bislang nur angekündigt, dass es die Zahl der Außenklassen langfristig verdoppeln, die Zahl der Kooperationsklassen vervierfachen und zusätzliche Budgetstunden sowie mobile sonderpädagogische Dienste zur Verfügung stellen will.

Dr. Pius Thoma, Akademischer Direktor am Lehrstuhl für Grundschulpädagogik der Uni Augsburg, sagt in einem Interview in der Bayerischen Schule zum bayerischen Weg: »Es wird nur das Alte neu benannt. Daran ändern auch sog. Inklusionsklassen nichts, die eingeführt werden sollen. So etwas ist sogar ein Widerspruch in sich: Eine Klasse mit diesem Namen separiert ... Hierzulande wird nicht alles getan, die Idee der Inklusion umzusetzen – sie wird nur geduldet!«

Die Art, wie bis heute an diesem Gesetz vorbei Schulpolitik gemacht wurde und offensichtlich auch noch gemacht wird, ist nicht im Sinne unserer Verfassung!

**von Eckhard Folkmer**

Sonderschullehrer in Lindau

Der Text basiert auf einem Referat im GEW-Kreisverband Lindau am 21. Juni 2010





# Inclusion International

**Gabi Gabler und Gele Neubäcker**  
vertraten die **GEW Bayern** beim  
**15. Weltkongress**  
von **INCLUSION INTERNATIONAL**  
in Berlin.

Ein rotes Achteck, ein gelbes Rechteck und ein grünes Dreieck aus Pappe wurden uns mit den Tagungsunterlagen überreicht.



Das Dreieck wurde leider am wenigsten benutzt. Es sollte den Sprecherinnen und Sprechern zeigen, dass wir Zuhörerinnen und Zuhörer sehr zufrieden mit ihnen und ihren Wortbeiträgen waren. Das gelbe Rechteck war schon eher im Gebrauch. Es war das Zeichen dafür, dass der Grundsatz der »einfachen Sprache« nicht eingehalten wurde oder die Sprecherin, der Sprecher sich zu viel Zeit nahm. Beim Achteck sahen wir rot, im wahrsten Sinne des Wortes: Zu kompliziert, zu schnell, zu viel!

Diese Zeichen sollten allen Gästen helfen, sich auch in einem großen Auditorium bemerkbar zu machen. Bei mehr als zweitausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfordert es Mut, sich als Einzeller zu melden. Ein Schild hochzuheben, ist da schon viel einfacher. Einfacher sollte es sein, die Sprache, die Erklärungen, sodass auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit »learning disabilities« alles verstehen konnten. Die meisten Referentinnen und Referenten achteten darauf, dass ihr Vortrag für alle verständlich war. Und dabei ging es höchstwissenschaftlich zu auf der Tagung. Sie war vielfältig und vielsprachig, auch ohne manieriertes Sprachgeschwurbel. Das Prinzip könnte für viele Veranstaltungen übernommen werden, vor allem für politische.

## Ein dichtes Programm ...

Für uns fand der Weltkongress von »Inclusion International« diesmal geradezu vor der Haustüre statt. Vor vier Jahren noch in Kanada, traf man sich diesmal in Berlin.

*Inclusion International* ist eine gemeinnützige Organisation, die vor fünfzig Jahren gegründet wurde und mittlerweile Zweigstellen in 115 Ländern hat. Sie setzt sich für die Menschenrechte von Menschen mit geistiger Behinderung und deren Familien ein. Mitveranstalterin war die Bundesvereinigung *Lebenshilfe* für Menschen mit geistiger Behinderung e. V.



Von Mittwochmorgen bis Samstagmittag gab es ein dichtes Programm: Vorträge, Präsentationen, Workshops, Diskussionen, Showeinlagen und immer wieder die Essenspausen, in denen man Menschen aus aller Welt treffen und sich mit ihnen austauschen konnte.

Nach 2000 Anmeldungen war die Liste geschlossen worden. 800 davon kamen von »Selbstvertreterinnen und -vertretern« (Self advocates), also von Menschen, die in irgendeiner Weise auf Unterstützung angewiesen sind. Weitere 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren für Vorträge oder Workshops geladen worden. Insgesamt waren Vertreterinnen und Vertreter aus 72 Ländern angereist.

## ... für ein vielfältiges Publikum

Es war ein Kongress *mit* den Menschen mit Behinderung, nicht *über* sie. Bei der Ankunft im Hotel »Estrel«, wohl dem größten Hotel, das es in Deutschland gibt, begegnete ich jungen Menschen mit langen weißen Hemden aus Kuwait, mit bunten Gewändern aus Afrika, mit mandelförmigen Augen aus Asien. Vielen war gemeinsam, dass sie das Down-Syndrom hatten, ansonsten waren sie alle sehr verschieden. Ich begegnete vielen Menschen im Rollstuhl, mit anderen orthopädischen Unterstütsungsgeräten oder mit Atmungshilfen. Die geschäftsmäßig Gekleideten waren meistens die Vertreterinnen und Vertreter der Wissenschaft oder der Firmen, wie sich herausstellte. Ich hörte ein buntes Sprachgewirr, aus dem ich zumindest Deutsch, Englisch, Spanisch, Holländisch und Italienisch erkennen konnte. Es gab aber auch Japanisch, Suaheli, Chinesisch oder die skandinavischen Sprachen.

## Im Zentrum steht die UN-Konvention

Frau Ministerin von der Leyen zeigte sich in ihrem Grußwort als Verfechterin der Inklusion nicht nur, aber vor allem auch in der Schule. Was sie wohl sagen würde, wenn sie wirklich mitzureden hätte in dieser Frage und das deutsche Schulsystem von unten noch oben kehren müsste?

Im Mittelpunkt stand die UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderung. Auf sie werden große

Hoffnungen gesetzt. Und ihre Umsetzung soll genau überwacht werden.

»Wie wird die Umsetzung der UN-Konvention überwacht?« Diese Frage beantwortete Valentin Aichele, der Leiter der Monitoring-Stelle des Deutschen Instituts für Menschenrechte: Die einzelnen Staaten müssen Berichte schreiben. Ein zähes Unterfangen, wenn man bedenkt, wie viele Berichte in wie vielen Ländern zu schreiben sind, und wie viele anschließend auszuwerten sind. Aber wohl das einzig mögliche in demokratischer Hinsicht.

Wir als Einzelpersonen sind aufgefordert, sogenannte Schattenberichte zu schreiben, also unsere eigenen Beobachtungen an die Kommissionen weiterzuleiten. Dabei gibt es zwei Herangehensweisen: Den Fokus auf individuelle Situationen richten (micro level) oder auf die Strukturen und die allgemeine Entwicklung (macro level).



Es wurden viele Reden gehalten ...

Neben vielen Referaten im Plenum (wohlge- merkt mehr als 2000 Zuhörerinnen und Zuhörer) konnten wir uns in kleinere Seminare oder Workshops begeben. Sie wurden zum Teil von Menschen mit »learning disabilities« (wie sie es selbst nannten) geleitet. »Learning disabilities« kann nicht mit »Lernbehinderung« übersetzt werden.

Das, was wir in Deutschland mit »lernbehindert« bezeichnen, gibt es in anderen Ländern kaum oder gar nicht. »Lernbehinderte« Schülerinnen und Schüler bekommen eben Extraförderung an ihrer Schule und müssen außerdem nicht durch Noten gestresst und wegen bevorstehender Aufteilung der SchülerInnenschaft in Angst und Schrecken versetzt werden.



... aber es gab auch viele Präsentationen für kleinere Gruppen.

Aber der Begriff »Inklusion« ist viel zu kurz gefasst, wenn man ihn ausschließlich darauf bezieht, dass Kinder mit Behinderungen in die Regelschule gehen dürfen. Was heißt denn Regelschule, Hauptschule, Realschule oder Gymnasi-

um? Wir brauchen ein inklusives Schulsystem, keine Ausnahmen und keine Ausreden!

»Wir haben weniger Probleme, die Inklusion zu verwirklichen. Wir hatten nie ein so ausdifferenziertes Sonderschulsystem und müssen es deswegen auch nicht so mühsam abbauen.«, sagte Gordon Porter, ein Schulleiter aus Kanada und selbst Vater eines Kindes mit schwerer Behinderung.

Inklusiv kann eine Gesellschaft erst sein, wenn niemand im Bildungsbereich ausgesondert wird, auch nicht wegen der Herkunft. »Behindert« ist auch, wer arm ist. Alle haben ein »derecho de trabajar«, sagte eine Vertreterin Mexikos, ein Recht zu arbeiten. Ihre Organisation brachte Unternehmen wie »Starbucks« dazu, Menschen mit »Learning Disabilities« zu beschäftigen und darüber Werbekampagnen zu starten.

Peter Masuch, der Präsident des Bundessozialgerichts, beschrieb – in sehr einfacher Sprache übrigens – welche Folgen die UN-Konvention habe. Sie sei seit 26. März 2009 vorbehaltlos geltendes Recht. Die Staaten seien verpflichtet, sie aktiv umzusetzen. Für ihn gilt das auch für die Schule. Eltern haben das Recht, sich einen Regelschulplatz einzuklagen. Um internationalen Konventionen sowohl im Bund als auch in den Ländern Geltung zu verschaffen, wurde bereits in den fünfziger Jahren das »Lindauer Abkommen« abgeschlossen. Es verpflichtet die Länder auf bestimmten Gebieten zu Bündnis(also Bundes-)treue.

Die Liste der Äußerungen wäre noch lange fortzuführen. Hier würden vor allem die Zitate der »Selbstvertreterinnen und -vertreter« für sich sprechen.



selbstbewusster Selbstvertreter

Was mich aber besonders berührt und in meinen Überzeugungen bestätigt hat war, wie sehr sich die Betroffenen immer wieder gegen die Fremdbestimmung gewehrt haben. Sie konnten sich vielleicht nicht so elaboriert ausdrücken, wie wir es von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gewohnt sind. Aber umso eindrucksvoller sagten sie, was sie wollen und was sie vor allem nicht wollen:

»Hört auf, uns zu testen und zu begutachten und uns zu sagen, was gut für uns ist. Arbeitet lieber mit uns zusammen, um die Situation zu verbessern. Wir sind bereit dazu, der Gesellschaft zu helfen, unsere Fähigkeiten zu entdecken.«

Und Xavier aus Nicaragua schreibt zum Ausklang: »Wir sind inklusiv, jetzt muss es nur noch die Gesellschaft werden.«

**von Gabi Gabler**

Vorsitzende der Landesfachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW Bayern





# »Langsam und leise, friedlich und freundlich«

## Veranstaltung der GEW Weißenburg-Gunzenhausen mit VertreterInnen der Offenen Schule Waldau-Kassel

Die Offene Schule Waldau-Kassel beweist, dass Kinder unterschiedlicher Herkunft und Begabung auf der einen Seite und Leistung auf der anderen sich unter einem Schuldach nicht ausschließen. Die GEW Weißenburg-Gunzenhausen hatte jüngst die Schulleiterin dieser integrierten Gesamt- und Ganztagschule, Barbara Buchfeld, und den Lehrer Erich Frohnäpfel zu Gast.

Vor 35 ZuhörerInnen, die viele Fragen stellten, machten die beiden PädagogInnen eingangs ihren Leitgedanken deutlich: »Wie ermöglichen wir Leistung? Wie können wir sie absichern?« Von den Kindern, die die Schule in die fünfte Klasse aufnimmt, haben nur je 25 Prozent eine Gymnasial- bzw. Realschulempfehlung. Am Ende der zehnten Klasse erreichen alle einen Schulabschluss und 70 Prozent davon den Übergang in eine elfte Klasse der umliegenden Schulen. Von den SchülerInnen mit Migrationshintergrund sind mehr als 60 Prozent dabei, informierte Barbara Buchfeld. Besonders die Fähigkeit, das Erarbeitete gut präsentieren zu können, helfe den SchülerInnen, an den weiterführenden Schulen gut zu bestehen, ergänzte Erich Frohnäpfel. Er hält als Oberstufenkoordinator die Verbindung zu diesen SchülerInnen.

»Warum melden Professoren sowie leitende Angestellte ihre Kinder in der Offenen Schule Waldau an, die in einem Problemviertel, einer Plattenbausiedlung mit vielen Sozialfällen und 50 Prozent Migrantenanteil, liegt? Weshalb ist es bei uns so leise?«, fragte Frau Buchfeld. Und ihr Kollege fügte hinzu: »Noch vor dreißig Jahren mussten wir uns durch pöbelnde Schüler zum Klassenzimmer durcharbeiten.«

### Der Weg vom Chaos zur Ruhe

Um aus dem Chaosbetrieb mit 1400 SchülerInnen herauszukommen, musste die Schule sich etwas einfallen lassen. Eine Planungsgruppe erarbeitete anhand von Beispielen aus dem angelsächsischen Raum und des Leitmotivs der »Wiederherstellung der pädagogischen Vernunft« ein Schulkonzept, das von der damaligen hessischen Landesregierung abgesegnet wurde. »Mehr als dreißig in einem Jahrgang unterrichtende Lehrer, das konnte nur dazu führen, dass Schränke eingetreten wurden«, machte Frohnäpfel deutlich.

Seit 1983 ist die Gesamtschule eine offene Schule, kooperiert mit der Universität Kassel und lernt von anderen Schulen. Die SchülerInnen der rhythmisierten Ganztagschule können zwischen 7.30 und 8.45 Uhr in der Schule ankommen, die weder Klingel noch Gong besitzt. Langsam stellen sie sich auf den folgenden Unterricht ein. In dieser Zeit werden auch Förderprogramme angeboten. In der Mittagspause von 12.15 bis 13.15 Uhr gibt es neben einem gesunden und gemeinsamen Mittagessen etliche Freizeitangebote. Der Pflichtunterricht endet um 14.35 Uhr; danach können die SchülerInnen kulturelle, sportliche wie handwerkliche Zusatzangebote annehmen.

### Weniger Lehrkräfte pro Jahrgang

»Wichtig war es, die Zahl der in einem Jahrgang unterrichtenden Lehrer erheblich zu reduzieren. Schüler und Lehrer müssen einander kennen, damit eine friedliche und freundliche Atmosphäre herrscht«, erklärte die Direktorin. So wurde je Jahrgang ein Team aus SchülerInnen und LehrerInnen gebildet: In der Regel betreuen 13 Lehrkräfte einen Jahrgang, der aus ca. 150 SchülerInnen und sechs Klassen besteht. SchülerInnen und LehrerInnen bleiben durchgängig von der 5. Jahrgangsstufe bis zur Entlassklasse zusammen. Dabei sind eine Lehrerin und ein Lehrer als Klassenlehrer für eine Klasse besonders verantwortlich. Soweit als möglich regelt jeder Jahrgang seine pädagogischen und organisatorischen Aufgaben selbstständig. Buchfeld: »Diese Jahrgangsstruktur schafft für alle Beteiligten Überschaubarkeit und Verbindlichkeit.«

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Überschaubarkeit und Verbindlichkeit ist die veränderte architektonische Struktur der Offenen Schule Waldau. Um eine Sozialfläche für die Kommunikation untereinander gruppieren sich die sechs Klassenzimmer eines Jahrgangs und das dem Jahrgang zugeordnete LehrerInnenzimmer. So ist es verständlich, dass Regeln und Vereinbarungen leichter eingehalten werden als in Schulen mit einem riesigen LehrerInnenzimmer und in denen Lehrkräfte in mehreren Jahrgängen unterrichten.

Neben ausführlichen Erziehungsvereinbarungen zwischen Schule und Eltern, wie klaren Vereinbarungen in einer Jahrgangs-

stufe, enthält die Schulordnung nur die vier Adjektive »langsam, leise, friedlich, freundlich«, die, so Lehrer Frohnäpfel, fast immer praktiziert werden. »Ist man in einer anderen Schule mit normalem Geräuschpegel, kommt einem das schon laut vor«, lacht er, und auf die Frage, wie lange denn die Umstellung für die SchülerInnen 1983 gedauert habe, lautet die verblüffende Antwort: »Einen Tag!« Und: »Kollegen, die damals gegen die Umstellung waren, sind jetzt die größten Befürworter unseres Schulkonzepts. Wir haben eine hohe Berufszufriedenheit und entsprechend eine große Identifikation der Kinder mit ihrer Schule.«

Verbindliches freies Lernen, das von Beginn an eingeübt wird, Formen kooperativen Lernens, eine entwickelte Präsentations- und Feedbackkultur ergänzen die Gelingensbedingungen für Leistung. Förderkonzepte im fünften und sechsten Jahrgang, der Leistungsfähigkeit der Einzelnen angepasste Aufgabenstellungen, in Einzelfällen Assistenz für abschlussgefährdete SchülerInnen, Projektprüfungen, Mathematikwettbewerbe und Lerntagebücher dienen der Leistungsabsicherung.

### Die Mischung macht es aus

»Jahr für Jahr müssen wir 80 Schüler mit Einsen und Zweien im Grundschulzeugnis ablehnen«, bedauert Barbara Buchfeld. Die Schule integriert auch Kinder mit Behinderungen in die Regelklassen. In der Erziehungsvereinbarung steht daher unter anderem, dass die Eltern gemeinsamen Unterricht ihrer Kinder mit den behinderten Kindern akzeptieren. Die vom Hessischen Kultusministerium zertifizierte Schule zur Förderung von Hochbegabten legt außerdem besonderen Wert auf die Förderung überdurchschnittlich begabter Kinder innerhalb des Klassenverbandes.

Für ihre pädagogisch herausragenden Leistungen erhielt die Offene Schule Waldau schon mehrere Auszeichnungen auf Landes- und Bundesebene. Für die GEW Weißenburg-Gunzenhausen hat sich wieder mal bestätigt, dass man Schule konzipieren und realisieren kann, in der nicht der Geldbeutel der Eltern und auch nicht die Herkunft über den Bildungserfolg entscheiden.

**von Harald Morawietz  
und Harald Dösel**

# Kompetent für ein selbstbestimmtes Leben?

Im Zuge eines grundlegenden gesellschaftlichen Strukturwandels verändern sich nicht nur die Alltagswelten, sondern auch die Kompetenzprofile, die Menschen und vor allem Heranwachsende brauchen, um ihr Leben in die eigene Hand nehmen zu können. Unstrittig für alle Seiten dieser Debatte dürfte sein, dass das Hineinwachsen in diese unruhige und unberechenbare globalisierte Netzwerkgesellschaft Kompetenzen und Ressourcen erfordert, die nicht einfach als »soziales Erbe« von der Elterngeneration an ihre Kinder weitergegeben werden kann.

Der 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung stellt die Frage nach dem Beitrag, den die Jugendhilfe, speziell unter dem Aspekt gesundheitsbezogener Prävention, leisten kann, um jene Ressourcen und Fähigkeiten zu verbessern, die für eine souveräne Lebensführung von Kindern und Jugendlichen unabdingbar sind, ihr soziales, psychisches und physisches Wohlbefinden fördern und damit auch eine wichtige Grundlage für erfolgreiche Bildungsprozesse darstellen. Er folgt dabei dem salutogenetischen Prinzip, das nicht fragt, wie Krankheit entsteht, sondern wie es gelingt, gesund zu leben und verknüpft dies von Anfang an mit Fragen der Gerechtigkeit angesichts zunehmender sozialer Ungleichheit.

Das Konzept der Salutogenese des israelischen Gesundheitsforschers Aaron Antonovsky liefert den differenziertesten Ansatz zur Gesundheitsförderung. In seinem Zentrum stehen die Widerstandsressourcen und der Kohärenzsinn. Letzterer wird von Antonovsky so definiert: »Das Gefühl der Kohärenz, des inneren Zusammenhangs ist eine globale Orientierung, die ausdrückt, inwieweit jemand ein sich auf alle Lebensbereiche erstreckendes, überdauerndes und doch dynamisches Vertrauen hat«, dass

- die Anforderungen es wert sind, sich dafür anzustrengen und zu engagieren (Sinnebene);
- die Ressourcen verfügbar sind, die man dazu braucht, um den gestellten Anforderungen gerecht zu werden (Bewältigungsebene), und
- die Ereignisse der inneren und äußeren Umwelt strukturiert, vorhersehbar und erklärbar sind (Verstehensebene).

Wenn man den salutogenetischen Begriff der »Widerstandsressourcen« ernst und wörtlich nimmt, dann gehört zu ihnen auch eine kritisch-reflexive Haltung zu normativen Menschenbildvorgaben, die dem eigenen Wohlergehen schaden könnten. Prävention und Gesundheitsförderung der Jugendhilfe sollten diese kritisch-reflexive Haltung nicht nur den eigenen Zielen und Programmen zugrunde legen, sondern den Heranwachsenden Kompetenz in diese Richtung zutrauen und sie stärken. Statt einer unreflektierten Fitnessperspektive sollte man die Stärkung der Selbstsorge und Selbstachtsamkeit als normative Positionierung einnehmen. Zugleich müssen die institutionellen Bedingungen der Möglichkeit zu praktizierter Selbstsorge immer mit bedacht werden.



Foto: Bert Butzke

## Die Basisphilosophie des Kinder- und Jugendberichtes in zwölf Leitlinien

### Erste Leitlinie: Stärkung der Lebenssouveränität

Gesundheitliche Prävention und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen zielen auf eine Stärkung der Lebenssouveränität von Heranwachsenden durch die Verminderung von Risiken bzw. den gekonnten Umgang mit Risiken und eine Förderung von Verwirklichungschancen, Entwicklungs- und Widerstandsressourcen zur Ermöglichung einer selbstbestimmten Lebensführung.

### Zweite Leitlinie: Gesellschaftsbezug

Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention brauchen einen zeitdiagnostischen Bezug. Sie müssen auf die Fragen antworten, in welche Gesellschaft Kinder und Jugendliche hineinwachsen und welche Ressourcen sie benötigen, um sich an dieser Gesellschaft aktiv beteiligen zu können.

### Dritte Leitlinie: Lebenswelt- und Kontextbezug

Die Angebote zur Gesundheitsförderung und Prävention der Kinder- und Jugendhilfe sind lebensweltbezogen zu entwickeln. Sie sind an den sozialräumlichen Kontexten der Heranwachsenden zu orientieren. Es sollte vermieden werden, Mädchen und Jungen lediglich als individualisierte Träger von medizinisch diagnostizierten Symptomen wahrzunehmen und sie allein medizinisch bzw. medikamentös zu behandeln.

### Vierte Leitlinie: Förderung positiver Entwicklungsbedingungen

Kinder und Jugendliche wachsen in ihrer großen Mehrheit gesund, selbstbewusst und kompetent auf. Sie dürfen nicht unter einer generalisierten Risikoperspektive gesehen werden, notwendig sind vielmehr der Blick auf die positiven Entwicklungsbedingungen dieser Heranwachsenden und Antworten auf die Frage, wie solche Bedingungen für alle Kinder und Jugendlichen gefördert werden können. Dabei ist festzuhalten, welcher unterstützender Strukturen und gesellschaftlicher Investitionen es bedarf, damit die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen so aufwachsen kann. Im Wissen, dass sich ein gesundes Leben und Aufwachsen nicht einfach »naturwüchsig« entwickelt, ist es ratsam, dass im Sinne von »good governance« die schon geleisteten gesellschaftli-

chen Anstrengungen verdeutlicht und bestehende Errungenschaften gepflegt und ggf. ausgebaut werden.

#### **Fünfte Leitlinie: Befähigungsgerechtigkeit**

Es gibt gesellschaftliche Segmente, in denen ein gesundes Aufwachsen deshalb bedroht ist, weil in ihnen die erforderlichen Entwicklungs- und Widerstandsressourcen nicht vorhanden sind und an Heranwachsende weitergegeben werden können. Hier ist vor allem die wachsende Armut zu nennen, die in überproportionaler Weise Kinder und Jugendliche betrifft. Die Orientierung am Ziel der Befähigungsgerechtigkeit verpflichtet zu Fördermaßnahmen, die allen Heranwachsenden die Chance gibt, die Entwicklungsressourcen zu erwerben, die zu einer selbstbestimmten Lebenspraxis erforderlich sind. Dabei gilt es, aktiv an den jeweiligen Ressourcen gerade sozial benachteiligter Heranwachsender anzuknüpfen, statt diese implizit und explizit zu entwerten.

#### **Sechste Leitlinie: Bildungsgerechtigkeit**

Alle verfügbaren Daten belegen einen engen Zusammenhang nicht nur zwischen Einkommensarmut, sondern auch zwischen dem Bildungsgrad von Eltern und Kindern und dem Grad an objektiver und subjektiver Gesundheit. Es gilt, Kindern und Jugendlichen möglichst früh formelle und informelle Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen, um damit einen Beitrag zu leisten, sozialer Ungleichheit entgegenzuwirken und damit gesundheitliche Ressourcen zu stärken.

#### **Siebte Leitlinie: Inklusion**

Im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention § 24 haben alle Kinder, unabhängig von ihrem Rechtsstatus, ein Recht »auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit sowie auf Inanspruchnahme von Einrichtungen zur Behandlung von Krankheiten und zur Wiederherstellung der Gesundheit«. Insofern sind alle Maßnahmen an einer Inklusionsperspektive auszurichten, die keine Aussonderung akzeptiert. Inklusionsnotwendigkeiten bestehen vor allem für Kinder, die in Armut aufwachsen, für Heranwachsende mit Migrationshintergrund und das Aufwachsen mit behinderungsbedingten Handlungseinschränkungen. Sprach-, Status- und Segregationsbarrieren sind abzubauen und die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung sind in allen Planungs- und Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen (disability mainstreaming).

#### **Achte Leitlinie: Achtsamer Körperbezug, kommunikativer Weltbezug, reflexiver Selbstbezug**

In jedem Lebensalter haben Mädchen und Jungen spezifische Kompetenzen zu erwerben, die für ein gesundes Heranwachsen von zentraler Bedeutung sind und die in ihrer Gesamtheit die Handlungsbefähigung ermöglichen. Sie reichen von frühen Bindungserfahrungen, Autonomiegewinnung, Sprache und kommunikativer Verständigung, Bewegungserfahrungen, Beziehungsgestaltung, Welterschließung, Beheimatung im eigenen Körper, Grenzerfahrungen, Identitätsbildung bis hin zu Entscheidungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme. Diese gesundheitsrelevanten Entwick-

lungsthemen, die von Mädchen und Jungen unterschiedlich umgesetzt werden, lassen sich unter drei Perspektiven bündeln, die für die Gesundheitsförderung eine besondere aktuelle Relevanz haben: ein achtsamer Körperbezug, ein kommunikativer Weltbezug und ein reflexiver Selbstbezug.

#### **Neunte Leitlinie: Lebensverlaufsperspektive**

Gesundheitsförderung, die sich an einer Lebensverlaufsperspektive ausrichtet, wird der Förderung altersspezifischer Entwicklungsressourcen in den frühen Lebensphasen besondere Priorität einräumen, um möglichst gute Bedingungen für die weitere Entwicklung zu schaffen. Sie darf trotzdem die späteren Lebensphasen nicht vernachlässigen. Gerade das Schul- und Jugendalter zeigt einen besonderen Förder- und Unterstützungsbedarf im Sinne der Erhöhung von Verwirklichungschancen, um die anstehenden gesundheitsrelevanten Entwicklungsthemen für sich selbst und bezogen auf die gesellschaftlichen Anforderungen befriedigend umzusetzen.

#### **Zehnte Leitlinie: Interprofessionelle Vernetzung**

Die bestehenden Systeme der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens und des Behindertenwesens müssen in einer Vernetzung auf kommunaler Ebene weiterentwickelt werden, sodass bezogen auf spezifische Personen/Gruppen zielgenaue Förderkonzepte gemeinsam gestaltet und realisiert werden können.

#### **Elfte Leitlinie: Von einer Anbieter- zu einer Akteursperspektive**

Notwendig ist ein Paradigmenwechsel von einer Anbieter- zu einer Akteursperspektive. Förderprogramme haben sich an den Bedürfnissen und Handlungsmöglichkeiten von Heranwachsenden und deren Familien auszurichten. In der Konsequenz bedeutet dies eine verbindliche Partizipation der Heranwachsenden und ihrer Familien an den Leistungsangeboten der Kinder- und Jugendhilfe.

#### **Zwölfte Leitlinie: Gesundheitsförderung und Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Gesundheitsförderung und Prävention bedürfen einer gesellschaftspolitischen Rahmung und Prioritätensetzung, denn in vielen Kontexten, in denen Heranwachsende Förderung und Unterstützung benötigen und die in hohem Maße gesundheitsrelevant sind (Sozialpolitik, Armutsbekämpfung, Integration von Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, Bildung, Ökologie), ist eine integrierte Gesamtpolitik erforderlich. Die Handlungsmächtigkeit der Kinder- und Jugendhilfe, des Behinderten- und des Gesundheitssystems sind begrenzt und bedürfen einer gezielten Unterstützung von Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Steuer- und Familienpolitik sowie der Gesundheitspolitik.

#### **von Prof. Dr. Heiner Keupp**

lehrt Sozial- und Gemeindepsychologie an der LMU und war Vorsitzender der Sachverständigenkommission, die den 13. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung erstellt hat







## »Wir verwalten nur noch die Mängel ...«

Umfrage bei SchulleiterInnen zu den Auswirkungen befristeter Verträge bei SonderschullehrerInnen

Foto: Robert Michel

Im Sommer des vergangenen Schuljahres 2008/2009 startete das Bündnis für faire und pädagogisch sinnvolle Einstellungspraxis (BffE) eine Umfrage unter den Schulleitungen der bayerischen Förderschulen mit dem Ziel, einen Überblick über die LehrerInnenversorgung und den Schullalltag zu erhalten.

Es wurden 359 Förderschulen in Bayern mit der Umfrage betraut. Ein Rücklauf von 142 ausgefüllten Umfragebögen (40 %) zeigt uns, dass unser Thema den Nerv der Schulen trifft und die LehrerInnenversorgung landesweit Diskussionsstoff bietet.

Die Auswertung der Umfrage zeigt, dass in vielen Förderschulen nur etwa die Hälfte des Kollegiums aus ausgebildeten SonderschullehrerInnen besteht. (Bereich Körperbehinderte: 46,7 %, Bereich Sprache: 54 %, Bereich Erziehungsschwierige: 48,8 %, Bereich Sehen: 51,3 %) Geringfügig besser bestellt ist es um die Sonderpädagogischen Förderzentren (63,3 %) und die Schulen mit dem Förderschwerpunkt Hören (69,1 %). Im Bereich der Schulen zur geistigen Entwicklung stellen die qualifizierten SonderschullehrerInnen lediglich ein Drittel des Kollegiums (33,1 %). Auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass FachlehrerInnen nicht in der Umfrage berücksichtigt wurden, scheinen die Werte sehr hoch zu sein. Seit Jahren wird die Planung der Schulen durch die repressive Einstellungspolitik und die Unsicherheit über die zugeteilten Stunden (Stichwort befristete Jahresverträge) belastet. Der Anteil der SonderschulkollegInnen, die befristet angestellt sind, ist mit 14,6 % demnach auch relativ hoch. Schulen aller sonderpädagogischen Fachrichtungen beklagen vielerorts, dass qualifiziertes Per-

sonal häufig wechselt oder fehlt und die Stundenzuteilungen erst viel zu spät erfolgen.

Folgende exemplarisch ausgewählte Aussagen aus der Umfrage lassen erahnen, welche weitreichenden Folgen die Einstellungspolitik im Förderschulwesen hat:

- »Da die Lehrerzuweisungen (...) erst am Ende eines Schuljahres bzw. sogar erst in den Sommerferien erfolgen, bleibt die Klassenbildung (...) ein Buch mit 7 Siegeln; das Erwerben von frei auf dem Markt befindlichen Lehrkräften ist folglich eine Freizeitbeschäftigung der besonderen Art in den Sommerferien.«
- »Wir verwalten nur noch die Mängel und werden dazu noch mit einer Flut von Papieren, Statistiken, ständig wechselnden Anweisungen, Abfragen usw. überschüttet.«
- »(...) Kollegen, die uns verlassen (vor allem in den Ruhestand) werden nicht mehr ersetzt; deshalb auch das hohe Durchschnittsalter des Kollegiums von 51,36 Jahren!!«
- »(...) eine Nachqualifikation für Wartelistenlehrer über eine Zwischenbeurteilung muss möglich gemacht werden; bewährte Kräfte fallen nach einigen Jahren aus der Liste und stehen nicht mehr zur Verfügung, es ist unerträglich, dass der Staat auf dem Rücken junger, gut ausgebildeter LehrerInnen Sparpolitik betreibt.«
- »Bildungspolitisch unklare Richtung, unverständliches Streben nach Reduzierung der Schülerzahlen mit einhergehender Verringerung der zugewiesenen Lehrerstunden bei vorliegenden umfangreichen Förderbedarfen; unreflektierte Inklusionsdebatte vor der Tatsache, dass För-

derschulen vor dem Hintergrund weitreichenden Förderbedarfs seit jeher intensiv und erfolgreich an der gesellschaftlichen wie sozialen Integration arbeiten...«

- »Es kann nicht sein, dass uns Volksschullehrer zugewiesen werden und Sonderschullehrer in andere Bundesländer abwandern! Wir bilden immer mehr Studienreferendare aus, welche uns wieder verlassen!«
- »Der Einstellungsschnitt ist in vielerlei Hinsicht untragbar geworden. Junge Kollegen sind unmotiviert, da sie von vorneherein keine Chance haben, in ein Beamtenverhältnis übernommen zu werden. Dadurch ist die Arbeit an der Schule geprägt von ständigem Personalwechsel, ein Schulkonzept sinnvoll umzusetzen wird nahezu unmöglich.«
- »Völlig unverständlich ist die Orientierung der Einstellungsnote an der studierten Fachrichtung bei einem allgemeinen »Lehramt Sonderpädagogik« und willkürlichem Einsatz in allen Förderschwerpunkten. Die anstehenden und vom KM weitergegebenen Aufgaben (Integration/Inklusion, hohe soziale Problematik, veränderte Schülerschaft etc.) benötigen qualifiziertes und langfristig verfügbares Personal.«
- »Diese Praxis ist unwürdig, menschenverachtend und durch nichts ausreichend begründbar! Offensichtlich wird hier nur auf Kosten der sozial Schwachen gespart. Dies ist reine »Lobby-Politik.«

Hier wird deutlich, dass von dieser Einstellungsproblematik nicht einzelne Schulen oder Regierungsbezirke betroffen sind. Jede Institution, will sie auch in Zukunft qualifizierte pädagogische Arbeit leisten und ihrem Anspruch,

ein individuelles Bildungsangebot zu bieten, gerecht werden, sollte für eine andere und sinnvolle Einstellungspolitik kämpfen. Es geht dabei nicht darum, das System der Förderschulen um jeden Preis zu erhalten. Auch und gerade angesichts der Debatte um Inklusion gilt es zu betonen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn gut ausgebildete SonderpädagogInnen in ausreichender Zahl mit vernünftigen Arbeitsbedingungen daran mitwirken.

Völlig unverständlich wird die Befristung von Verträgen, wenn man bedenkt, dass die neueste LehrerInnenbedarfsprognose ab dem Jahr 2015, mit steigender Tendenz für 2020 und 2025, einen größeren Bedarf an neuen SonderschullehrerInnen erkennen lässt, als AbsolventInnen zur Verfügung stehen (»wegen des geplanten Ausbaus von Ganztags-Förderschulen und der geplanten Reduzierung der Unterrichtsstunden ab 2012«). Schon jetzt aber hat die Befristung zur Folge, dass zunehmend in Bayern ausgebildete SonderpädagogInnen in andere Bundesländer abwandern, wo sie weit bessere Einstellungs- und Arbeitsbedingungen vorfinden.

Insbesondere die in den Fachgruppen sonderpädagogische Berufe organisierten KollegInnen sind aufgerufen, unsere jungen KollegInnen mit befristeten Verträgen tatkräftig zu unterstützen. Sei es durch Veranstaltungen, Pressemitteilungen oder andere Aktivitäten.

**von Stephan Stadlbauer**

Förderschullehrer in Mittelfranken  
Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe der GEW



## Beurteilung ... Beurteilung ... und sie müssen (dürfen!) doch nicht beurteilen!!!

Pünktlich zu Beginn des Beurteilungsjahres 2010 informierte der leitende Regierungsschulamtsdirektor Hans-Gerhard Dürr alle Schulleitungen im Regierungsbezirk Mittelfranken über die neuesten Regelungen zur Dienstlichen Beurteilung (DB). In seinen Ausführungen erklärte er, dass *alle SonderschuloberlehrerInnen, die seit ihrer Beförderung noch nicht beurteilt wurden, beurteilt werden müssen*. Das heißt konkret: Auf die letzte DB vor 55 Jahren kann in diesem Fall nicht verzichtet werden bzw. auch über 55-jährige SoOLInnen müssen beurteilt werden. Darüber mussten die Schulleitungen dann uns LehrerInnen informieren.

**DIESE INFORMATION IST FALSCH!!!!!!**

Dies nachzuweisen, gelang uns nur durch beharrliches Anzweifeln auch juristischer Auskünfte und Nachbohren beim Kultusministerium. Leider zog sich dieser »Prozess« bis Ende Juni hin.

Das Ganze lief so:

Wir erkundigten uns danach, ob die Regelung in anderen Regierungsbezirken auch gilt und fanden heraus, dass nur die Regierung von Mittelfranken diese Meinung vertrat. Außerdem fanden wir in den aktuell gültigen Bekanntmachungen des Kultusministeriums (KM) zur DB an Förderschulen keine Belege für Herrn Dürrs Ausführungen. Also baten wir ihn, uns die Stellen zu nennen, auf die er sich in seinen Erklärungen bezieht. Herr Dürr erklärte, dass dies so genau nirgends stehe, aber dass es eine Weisung des KM gebe, die die Juristin aus München mitgebracht habe. Also wandten wir uns an die zuständige Juristin, mit der Bitte, uns diese Weisung doch schriftlich zukommen zu lassen. Schriftlich erhielten wir dann ein Schreiben von Frau Wolpert, in dem steht, dass nach Rücksprache mit dem KM eine DB aus *dienstlichen Gründen* erforderlich ist, »wenn die Lehrkraft in ihrem gegenwärtigen

Amt als Sonderschuloberlehrer noch nicht beurteilt wurde«. Da uns die dienstlichen Gründe nicht näher erklärt werden konnten, hielten wir selbst Rücksprache mit dem KM. Und siehe da: die zuständige Juristin des KM musste selbst erst mal Rücksprache mit Frau Wolpert halten. Es mutet schon seltsam an, dass eigene Weisungen erst mal rückversichert werden müssen!?

Aber unser langer Atem und unser konstantes Nachbohren hat sich gelohnt: Das KM hat telefonisch bestätigt, dass es sich wohl um ein Missverständnis gehandelt habe! Fakt ist: Auch SoOLInnen können auf die letzte DB vor 55 verzichten bzw. über 55-jährige SoOLInnen werden nicht mehr beurteilt!!!

Ein momentaner Erfolg. Leider sieht es aber so aus, dass wir mit der kommenden Dienstrechtsreform alle bis zu unserem Eintritt in den Ruhestand beurteilt werden.

**von Sybille Plomer**

# Arbeitslosigkeit und Tafeln gleichzeitig abschaffen!

– eine realistisch-unrealistische Utopie

Foto imago/Uwe Steinert:

An einem sonnigen Frühlingstag sammeln sich ca. 100 Arme, bedürftige Menschen aller Altersgruppen vor und in der Ev. Dreieinigkeitskirche in Berlin-Rudow, um nach vorangegangener Überprüfung, Nachweis der Armut und gegen Ausgabe einer Wartenummer, Essen der Berliner Tafel in Empfang zu nehmen.

Fast 900 Tafeln versorgen vor allem in den Städten die armen Bürgerinnen und Bürger mit notwendigen Lebensmitteln. Die Tafelbewegung gehört zu den erstaunlichsten sozialen Bewegungen der Republik. Das Lob für die Tafeln ist politikübergreifend überschwänglich, menschenwürdige Versorgung und bürgerschaftliches Engagement haben eine scheinbar gute Verbindung gefunden. Aber in Wahrheit ist der Erfolg ambivalent: Die Blüte der Tafeln ist gleichzeitig der Niedergang des bröckelnden Sozialstaats.

## Getrennte Sozialstaats- und Tafeldebatte

Die bewusste Trennung von Sozialstaats- und Tafeldiskussion kommt der herrschenden Politik sehr entgegen. Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zu Hartz IV von Anfang 2010 hat eine Diskussion über den wirklichen Bedarf von Menschen in Arbeitslosigkeit im Sinne von materiellen Ressourcen und demokratischer Teilhabe nicht stattgefunden. Nach anfänglicher steriler Aufgeregtheit über Hartz-IV-Erhöhungen oder -Senkungen stimmte Ministerin von der Leyen (CDU) den Grundtenor für die zukünftige Debatte an: Deckel auf die bisherigen Regelsätze, möglichst keine Änderungen und kleine Verbesserungen für Kinder im Sachmittelbereich. Die Bundesregierung muss demnach mit ausdrücklicher Billigung des höchsten Gerichts im Prinzip fast nichts ändern, sie muss die bestehende Praxis nur besser begründen und statistisch absichern. Selbst den doch reichlich lebensunerfahrenen Richterinnen und Richtern ist nicht aufgefallen, dass ein Mensch kaum menschengerecht von 3,94 Euro für Essen und Trinken pro Tag leben kann und die Fahrt mit der Deutschen Bahn zum Besuch eines nahestehenden Menschen zur Innenausstattung der menschlichen Würde gehören sollte. Kurz: An der Hartz-IV-Front ist Ruhigstellung mit symbolischen Verbesserungen die mit Herz und Härte weitgehend unbestritten vertretene Linie der Bundesministerin.

## Alternativpotenzial ohne Protest

Es gibt nach wie vor keine wirklich relevanten Träger gesellschaftlicher Alternativkonzeptionen. Die wichtigsten und größten Wohlfahrtsorganisationen (Caritas, Diakoni-

sches Werk, AWO) sind selbst in Hartz IV soweit nutznießend verstrickt, dass ihre Forderungen nach besseren Hartz-IV-Leistungen nur sehr kleinlaut und gedämpft die Öffentlichkeit erreichen. Einzig der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) mit den engagierten Vertretern Schneider/Martens wagt sich aus der Deckung, legt sich mit der BILD-Zeitung und der herrschenden Politik an und präsentiert Vorschläge, die zumindest das Minimum von Menschenwürde einfordern. Die Erwerbslosen-Initiativen, von denen über 100 vor allem im Osten der Republik organisiert sind, haben zwar nach wie vor ein funktionierendes Netzwerk, aber ihre Proteste und Forderungen werden kaum in der Öffentlichkeit aufgenommen. Das Provokationspotenzial von ehemals ist weitgehend vererbt. Das »Netzwerk für ein bedingungsloses Grundeinkommen« schiebt immer wieder grundsätzliche Debatten an, die viele Menschen erreichen, aber die Wirkungen bleiben äußerst beschränkt, da das Fernziel eines bedingungslosen Grundeinkommens noch keine probaten Zwischenschritte kennt. Die Organisation »attac«, eigentlich eine Scharnierorganisation mit integrativen Wirkungen, hat sich der Sozialfrage in eher kleinen Arbeitsgemeinschaften angenommen. »attac« als Organisation ist weit davon entfernt, die Sozialstaatsdebatte als Schwerpunkt ihrer Arbeit zu definieren. Die Kirchen schließlich haben als ehemalige »Verteidiger der Armen« erheblich an Reputation und Schlagfertigkeit verloren. Die fast peinliche »Absegnung« der Hartz-Gesetze durch Kardinal Karl Lehmann (Katholische Bischofskonferenz) und Bischof Wolfgang Huber (EKD) sowie die gewinnträchtige Nutzung der Ein-Euro-Jobber hat die Kirchen zu lahmen Enten in der Vertretung der Erwerbslosen und Armen gemacht. Die Gewerkschaften haben die Armutsdiskussion bisher primär mit ihrer Mindestlohndebatte zu verbinden versucht. Sie haben bisher niemals den Spagat, ArbeitnehmerInnen und Erwerbslose zu vertreten, hinbekommen. Nimmt man noch hinzu, wie wenig die einflussreicheren Medien eine wirkliche Reform von Hartz IV diskutieren, wird in der Konsequenz deutlich, dass die Macht- und Problematisierungspotenziale zur Zeit als sehr schwach und marginalisiert angesehen werden müssen. Wer den Zusammenhang von Sozialstaats- und Tafeldiskussion herstellen will, gehört nicht auf die Tagesordnung.



## Tafeln schließen oder beblümen?

Gerade deshalb ist gut erklärbar, warum so viele PolitikerInnen, GewerkschafterInnen, Kirchenleute und prominente BürgerInnen sich höchst einäugig engagiert auf die Tafel-diskussion einlassen und das bürgerschaftliche Engagement unterstützen. Tafeln sind der konkrete Ausdruck unmittelbarer engagierter, zumeist ehrenamtlicher Hilfe, die nur unterstützt werden kann – ohne zu hinterfragen, warum die Blüte der Tafeln die Kehrseite des schwachen Sozialstaats ist. An sich müssten die Verantwortlichen der Tafelbewegung alles tun, ihren Gründungsboom zu hinterfragen – bis hin zu der



links:  
Prinzessin von Thurn und Taxis und  
Hannelore Kiethe vom Vorstand  
der Münchner Tafel bei der Mar-  
gueritenball-Gala 2007  
(Foto: imago/Lindenthaler)

unten:  
Familienministerin Schröder posiert  
für die Presse an einer Berliner  
Tafel. (Foto: imago/Steinach)



Frage, wie die Tafeln von der Politik prinzipiell missbraucht werden. Die Politik verordnet eine Magerkur und eine bürokratische Zurichtung von Menschen, die von den Tafeln blumenreich geschmückt wird. Das ist faktisch eine uneingestandene strukturelle Komplizenschaft, die die AkteurInnen von Tafeln und Politik brüsk, aber möglicherweise leicht schlechten Gewissens zurückweisen müssten. Die AkteurInnen der Tafelbewegung sind seit einiger Zeit selbstkritischer geworden, aber auf die Idee, ihre Tafeln bewusst für einige Tage zu schließen, um der Politik Beine zu machen, wirklich für die Grundversorgung von Menschen einzustehen, darauf sind sie bisher nur hinter vorgehaltener Hand gekommen. Soll demnach eine kritische Debatte entstehen, müssten die Tafeln aus ihrer wohlfeilen Belobigung ein Stück weit ausbrechen, um ihre Vereinnahmung zuungunsten der Menschen aufzubrechen. Doch täuschen wir uns nicht: Das Interesse an sich selbst hat große Teile der Manager und Managerinnen der Tafeln längst erfasst. Über eigene Überflüssigkeit lässt sich schwer nachdenken. Noch ist die Zeit nicht reif, dass die TafelakteurInnen selbst den Aufstand proben. Je mehr Sozialleistungen gekürzt werden und die Sanktionsmechanismen nach dem Motto »Druck macht beweglich« verschärfend eingesetzt werden, wird – wie in den USA – die Tafelbewegung zulegen. Auf mittlere Sicht hat nur eine Forderung nach Abschaffung der Arbeitslosigkeit und der Tafeln eine strategische Chance. Über die Ab-

schaffung der Tafeln lässt sich schlecht reden, wenn die Armut größer wird und die Erwerbslosigkeit nicht sinkt. Deshalb liegt der Schlüssel für die Tafeln in einer Revitalisierung der Debatte, inwiefern die Arbeitslosigkeit weitgehend abgeschafft und dieses mit der Einführung einer menschengerechten Grundsicherung kombiniert werden kann.

## Grundeinkommen, selbstbestimmte Arbeitsplätze, Mindestlöhne und radikale Arbeitszeitverkürzung

Ganz schlecht stehen die Chancen für eine solche Debatte nicht. Von Durchsetzung wollen wir vorerst nicht reden. Eine Grundsicherung von 500 Euro Eckregelsatz wäre, nebst Abschaffung der schikanösen Zurichtungen, eine bezahlbare Sozialleistung (ca. 22 Milliarden Euro jährlich). Hinzu käme ein Projekt »Hartz IV plus 500 Euro«, das eine Million Menschen die Möglichkeit einräumt, sich nach festgelegten Bedarfefeldern selbst einen Arbeitsplatz zu suchen, der gesellschaftlich bezahlt wird. Ein solches Projekt geht von der Grundannahme aus, dass es gesellschaftlich sinnvolle Arbeit zu Hauf gibt und Menschen die Möglichkeit erhalten müssten, mit dem, was sie wollen, können und wozu sie gebraucht werden, anders umzugehen. Es wäre ein »Arbeitsmarkt von unten«, der die Gesellschaft sechs Milliarden Euro im Jahr kostet. Führt man zusätzlich gesetzliche Mindestlöhne nach luxemburgischen, französischem oder englischem Muster von neun bis zehn Euro pro Stunde ein, wäre das Problem der Hartz IV-Aufstocker und der wirklich armen Erwerbstätigen zumindest teilweise gelöst. Und schließlich könnte eine radikale Arbeitszeitverkürzung als 30-Stunden-Woche und neue kurze Vollzeitvariante mit geschlechterdemokratischen Verbindungen (Teilzeit für Paare mit Kindern) eine massive Senkung der Arbeitslosigkeit bringen. Diese Forderungen würden zwar die Arbeitslosigkeit nicht vollends abschaffen, für gut 1,5 Millionen Erwerbslose kann kein Programm mehr helfen, weil sie aus unterschiedlichsten Gründen überhaupt nicht oder nur für wenige Stunden arbeiten können – aber sie wären zumindest so versorgt, dass sie nicht mehr an elementarsten Angeboten der Supermärkte vorbeigehen müssten. Wer so realistisch-unrealistisch-utopisch redet, muss fast zwangsläufig davon ausgehen, dass es wieder Fenster der Möglichkeiten geben könnte, in der diese pragmatischen und bezahlbaren Forderungen auf fruchtbaren Boden fallen.

## Die stille Legitimationskrise nutzen

Die Abschaffung der Arbeitslosigkeit oder zumindest eine deutliche Absenkung verbunden mit weniger Tafeln, ist ein mehrheitsfähiges Ziel, das nur deshalb utopisch ist, weil wir selbst uns zu schwach fühlen, obwohl die Politik mitnichten ein erfolgreiches Krisenmanagement betreibt.

von Prof. Dr. Peter Grottian

Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der FU Berlin  
Artikel erschien in: Graswurzelrevolution Nr. 350,  
www.graswurzel.net 22.06.2010





## »Reifezeiten«

**Tagung zur politischen Bildung an der Universität Bamberg über den Zeitdruck in Bildung und Politik**

»Wenn du es eilig hast, mach einen Umweg!«, heißt es in einem japanischen Sprichwort. Dieser Rat mag nicht in allen Situationen, in denen die Zeit knapp ist, hilfreich sein. Aber klug ist es zweifellos, Umsicht und Sorgfalt trotz Zeitknappheit vor allem dann walten zu lassen, wenn viel auf dem Spiel steht. Und genau das ist bei Bildung und Politik der Fall: Bildung formt Menschen, Politik formt Gesellschaften, beide stellen Weichen für die Zukunft. In beiden Bereichen wird nun in der Tat über massiven Zeitdruck geklagt und auf dessen teils verheerende Konsequenzen verwiesen. Kindern bleibe meist wenig Zeit zum vertieften Lernen, der Stoff würde im Unterricht durchgepeitscht, Fragen störten nur. PolitikerInnen bleibe meist wenig Zeit zum intensiven Austausch ihrer Sichtweisen, manche Reden würden im Parlament nur noch zu Protokoll gegeben, politische Entscheidungen in immer kürzeren Abständen korrigiert. Gründe genug für PraktikerInnen und TheoretikerInnen der politischen Bildung, sich auf der Tagung »Reifezeiten – Bildung, Politik und Zeit« an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg einige Fragen zu stellen: Sind solche Versuche, bei der Formung von Menschen und Gesellschaften Zeit einzusparen, wirklich sinnvoll? Welche Qualität haben die unter Zeitdruck entstandenen Resultate? Und welche Rolle spielt die politische Bildung bei der Verknüpfung von Bildung und Politik?

## Kinder brauchen Umwege beim Lernen

Die Suche nach Antworten begann mit einem kritischen Blick auf den Umgang mit Zeit im herrschenden Schulsystem. Kinder, eigentlich als höchst neugierige Wesen geboren, bekämen im strammen Zeitkorsett des Unterrichts nur selten die Zeit, ihren »Jagdtrieb« auszuleben, befand Ursula Drews, Professorin für Schulpädagogik an der Universität Potsdam. Trotz ihres enormen »Zeitreichtums« bremse die Schule oft die Entfaltung menschlicher Potenziale, statt sie zu beflügeln. Schulisches Lernen bedeute vor allem, Lehrpläne abzuarbeiten und sich »vorerledigte« Inhalte anzueignen, ergänzte Prof. Horst Rumpf, der seit den 70er-Jahren unermüdlich dafür plädiert, Umwege beim Lernen zu respektieren und zu fördern. Zeit zum »Einlassen« auf den Lernstoff sei in unseren Schulen in der Regel schlicht nicht vorhanden. Manfred Molicki, Schulleiter in Villingen-Schwenningen und Gründer des Netzwerkes für »Zeitkultur«, machte darauf aufmerksam, dass man die Folgen dieser »Beschleunigung der Kinder« erst mit einiger zeitlicher Verzögerung bemerke. Dann nämlich, wenn man mit desinteressierten Jugendlichen und Erwachsenen konfrontiert sei, für die Wissen nicht erfahrbar und hinterfragbar sei, weil sie ganz auf das »Einhämmern« und »Wiederkäuen« programmiert seien.



Eröffnung der Tagung durch Godehard Ruppert, den Präsidenten der Universität Bamberg



Der Rechtswissenschaftler und Gründer der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik Ulrich Mückenberger von der Universität Hamburg



## Welche Rolle spielt Zeitdruck in der Politik?

Verantwortlich für den Zeitdruck in der Schule ist auf den ersten Blick vor allem die Politik. Kann aber von ihr mehr Rücksichtnahme auf die Eigenzeitlichkeiten von Bildungsprozessen erwartet werden, wenn sie selbst enorm unter Zeitdruck steht? Der Bamberger Verwaltungswissenschaftler Markus Heindl vertritt die These, dass das Tempo vieler Gesetzgebungsprozesse der Komplexität der zu behandelnden Materien nicht angemessen sei. Rechtsunsicherheit, geringe Transparenz und letztlich schwindendes Vertrauen in die politische Gestaltbarkeit unseres Gemeinwesens, auch in Bezug auf die Bildung der Heranwachsenden, seien die Quitting für solcherlei Hast. Reinhard Zintl, Inhaber des Bamberger Lehrstuhls für Politische Theorie, sieht das Zeitproblem in der Politik eher in ihrer Vergesslichkeit und Kurzsichtigkeit begründet, die teils »strategisch« motiviert, im Wesentlichen aber allgemeinemenschlichen Ursprungs seien. Mit dieser Diagnose wollte sich Ulrich Mückenberger, Arbeitsrechtswissenschaftler aus Hamburg und Mitbegründer der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, nicht zufriedengeben. Vor allem die Frage, wie weit der Blick der Politik in die Zukunft reichen solle und wie zukünftige Ereignisse heute zu bewerten seien, müsse in demokratischen Gesellschaften diskursiv entschieden werden. Und genau dafür sei eine gute Bildung unabdingbar. In einem verfassungsmäßigen »Recht auf Eigenzeit« sieht Mückenberger eine Chance, die Verfügung über Zeit doppelt zu schützen: in Bezug auf die individuelle Zeit, die auch dem politischen Mündigwerden der Person diene, wie auf die kollektive Zeit, die für die politischen Diskurse über die Zukunft des Gemeinwesens erforderlich sei.

## Politik als Wechsel zwischen Konsens und Konflikt

Unabhängig davon, ob nun Zeitknappheit, Vergesslichkeit oder Kurzsichtigkeit im Kontext ungeschützter Eigenzeiten für das bildungspolitische Versagen verantwortlich sind: Für eine Korrektur dieses Zustands sind in der Demokratie letztlich die StaatsbürgerInnen als Souverän zuständig. Um deren Bildung ist in der Schule das Fach Sozialkunde als »Leitfach der politischen Bildung« bemüht. Wie aber kann den zukünftigen StaatsbürgerInnen der fragwürdige Umgang mit Zeit in der Politik und dessen Auswirkungen auf die Bildung

bewusst gemacht werden? Der Bamberger Politikwissenschaftler Michael Görtler stellte didaktische Ansätze für den Politikunterricht vor, die das Verständnis für die Zeitdimension des Politischen besonders fördern wollen. Ein Ansatz empfiehlt, politische Institutionen als »geronnene Zeit« zu begreifen, weil in ihnen historische Erfahrungen abgelagert seien, die Gesellschaften beim Versuch der Gestaltung des Zusammenlebens gemacht hätten. Politische Institutionen verkörperten aus dieser Perspektive jedoch immer nur eine Art Waffenstillstand, also einen zeitweiligen Konsens zwischen gegeneinander gerichteten Kräften, der im nächsten Moment wieder aufbrechen könne. Ein Unterricht, der Politik in ihrer Zeitlichkeit als fortwährenden Wechsel zwischen »Konsens und Konflikt« beschreibe, lasse den Stoff nicht nur lebendig und spannend werden, sondern betone auch die Veränderbarkeit politischer Gegebenheiten. Durch die Einbettung aktueller Ereignisse und Problemlagen in einen solchen »Politik-Zyklus«, so Fritz Reheis, der als Leiter der Fachstelle für Didaktik der Sozialkunde an der Uni Bamberg die Tagung organisiert hatte, könnten auch sogenannte »ökonomische Sachzwänge« als »geronnene Verhältnisse« wieder »verflüssigt« werden. Politische Bildung dürfe nämlich nicht nur dazu befähigen, die Realität beschreiben und erklären zu können, sie müsse bei ihren Adressaten auch den »Möglichkeitssinn« für die Veränderung der Realität schärfen. Das sei ein hoher Anspruch, gab ein Bamberger Seminarlehrer zu bedenken und verwies auf die insgesamt drei Stunden Sozialkunde in der Woche, die im achtjährigen Gymnasium in der Regel zur Verfügung stünden. Ähnlich beklagte eine Referendarin die fehlende Zeit für Projekte, die den SchülerInnen Politik näherbringen könnten. Schule und Unterricht – so das Resümee der Tagung – müssten deshalb den Heranwachsenden auch außerhalb des politischen Fachunterrichts ausreichend Raum und Zeit bereitstellen, um ihre Persönlichkeit wachsen zu lassen und sie auf ihre Rolle als mündige StaatsbürgerInnen in einer zukunftsfähigen Demokratie vorbereiten zu können. Kurz: Bildung und Politik müssen »reifen« können. »Gut Ding will eben »Weile haben«, heißt es in einem deutschen Sprichwort.

von **Michael Görtler**

Dipl. Pol. an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Kritische  
ZuhörerInnen



Fritz Reheis von der Otto-Friedrich-Universität  
Bamberg diskutiert



## Dammbbruch: Schülerhorte in Neu-Ulm bedroht

Die schleichende Verdrängung von Schülerhorten durch eine schlechtere schulische Ganztagskonstruktion wurde bereits auf der LVV 2009 thematisiert und als Problem erkannt. Im schwäbisch-bayerischen Grenzort Neu-Ulm droht solche Verdrängung nun ab 2011 Wirklichkeit zu werden. Die Gemeinde spart sich damit mindestens 2/3 der bisherigen Kosten. Dabei handelt es sich um die Sparmaßnahme einer keineswegs armen kreisfreien Stadt, die sich im »Speckgürtel« von Ulm befindet. Dort sollen ab 2011 alle Grundschulen mit Ganztagsbetrieb (Ganztagsklassen, Ganztagsbetreuung und erweiterte Mittagsbetreuung) die bisher bestehenden drei Schülerhorte nach und nach ersetzen. Damit würde eine von Fachkräften getragene, sozialpädagogisch ausgerichtete, an den Bedürfnissen auch sozial schwacher Familien orientierte Einrichtung durch ein unterfinanziertes und zersplittertes Angebot ersetzt: Die Ganztagsbetreuung an Schulen beinhaltet keine Betreuungszeiten nach 17 Uhr, vor Unterrichtsbeginn und während der Ferien. Es gibt keine bezahlte Zeiten für Elternarbeit und ein Großteil des bisherigen hortpädagogischen Angebots sowie die Hälfte des Personals würden entfallen. Das wäre in etwa vergleichbar mit der Umwandlung einer Grundschule in ein öffentlich subventioniertes Paukstudio!

Die betroffenen Eltern haben protestiert und brauchen dringend weitere Unterstützung, auch durch die Bildungsgewerkschaft. Die GEW vor Ort, der Bezirksverband Schwaben und der Landesvorstand sind aufgerufen, den Widerstand in Neu-Ulm zu stärken und ggf. auch rechtliche Schritte vorzubereiten. Die geplante Maßnahme verstößt nämlich gegen Richtlinien der Bedarfplanung nach dem Kinderbildungsgesetz (KiBiG), sie unterläuft das Steuerungsinstrument Jugendhilfeplanung nach § 80 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) und berücksichtigt nicht das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern nach § 5 KJHG sowie die Bestandssicherung freier Träger.

Noch ist Neu-Ulm eine Art Versuchsballon für scheinbar legale Sparmaßnahmen im Bereich Bildung und Soziales. Kommt die Stadt damit durch, droht in Bayern das langsame Aussterben einer sozialpädagogischen Bildungseinrichtung. Die unterfinanzierte und pädagogisch reduzierte Ganztagschule in staatlicher Trägerschaft kann die bisherigen Schülerhorte jedenfalls so nicht ersetzen.

von **Günther Schedel-Gschwendtner**

ehemaliger Leiter des Sozialpädagogischen Büros der GEW Bayern



## 18. AGAL-Tagung zum Auslandsschuldienst »Ausstrahlung ins Gastland«

Vom 19. bis 24. Oktober findet die diesjährige Tagung statt für LehrerInnen, die aktuell oder in den vergangenen Jahren aus dem Auslandsschuldienst zurückgekehrt sind. Sie ist ein Forum für Erfahrungsaustausch, Diskussionen über die gegenwärtige Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik sowie für die Artikulation von Positionen zur deutschen schulischen Arbeit im Ausland. Entsprechend steht der Meinungs- und Gedankenaustausch mit VertreterInnen des Auswärtigen Amtes, der KMK, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen und des Weltverbandes der Auslandsschulen im Zentrum der Tagung.

Das Schwerpunkt-Thema des diesjährigen Treffens heißt »Ausstrahlung ins Gastland«, ein Zitat aus dem Dienstvertrag, mit dem jede Auslandsdienstlehrkraft »in besonderem Maße« verpflichtet wird, zu einer positiven Wirkung im fremden Land beizutragen. Wie es mit diesem Anspruch steht, soll auch kritisch erörtert werden: z. B. mit Blick auf die Rolle der deutschen Schulen unter diktatorischen Regimes in Südamerika.

Die Tagung findet in der Heimvolkshochschule Maria-spring (Göttingen) statt.

Das Sekretariat der KMK empfiehlt den Schulministerien eine Beurlaubung der KollegInnen, die daran teilnehmen möchten.

Anmeldung bei:

Karin Gaines, Hauptvorstand der GEW

Reifenberger Straße 21 • 60489 Frankfurt • 069-78973-311

oder den jeweiligen Landesbeauftragten:

[www.gew.de/AGAL.html](http://www.gew.de/AGAL.html)

jede Woche neue Angebote

# schulfahrt.de

**PRAGA** 5 Tage mit Programm  
ab 65,- €

**Diese Vorteile bietet Ihnen nur Agaria Tours:**

- **Kostenlos:** Sie erhalten Ihren persönlichen Gruppenreiseplaner Prag bereits mit unserem Angebot!
- **Individuell und kompetent:** Wir erarbeiten das Programm mit unserem exklusiven Agaria-Büro in Prag nach Ihren Wünschen!
- **Wirtschaftlich:** Sie zahlen die gesamte Reise erst nach der Fahrt!
- **Serviceorientiert:** Wir betreuen Sie auch in Prag rund um die Uhr!

 **AGARIA TOURS**  
Fachveranstalter für Pragreisen

das tschechische team • Tel. 040/280 95 90 • [prag@agaria.de](mailto:prag@agaria.de) • [www.agaria.de](http://www.agaria.de)



### Lieber Günther, dankeschön!

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende der GEW Bayern, Günther Mitteregger, kann aus beruflichen Gründen diese Funktion nicht mehr wahrnehmen.

Wir danken ihm für seine jahrelange Arbeit zum Nutzen der GEW Bayern und wünschen ihm doch hin und wieder auch ein paar besinnliche Stunden – trotz Arbeitsüberlastung.

Günther, pass auf Dich auf, wir brauchen Dich noch!

## Wer ich bin und was ich will

### Von Gottfried Koppold, neuer stellvertretender Landesvorsitzender der GEW Bayern



Gele Neubäcker gratuliert ihrem neuen Stellvertreter zu seiner Wahl. Für die DDS beschreibt Gottfried seinen beruflichen Werdegang und die Pläne für seine Arbeit als Vertreter des Bereiches Sozialpädagogik im Landesvorstand der GEW Bayern:

Nach dem berufsbedingten Ausscheiden des bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden der GEW Bayern, des Kollegen Günther Mitteregger, hat mich der Landesausschuss der GEW bis zu den turnusmäßigen Wahlen 2011 zu seinem Nachfolger und stellvertretenden Landesvorsitzenden mit dem Aufgabenschwerpunkt »Sozialpädagogik« gewählt. Ich möchte mich deshalb den LeserInnen der DDS kurz vorstellen und einige Problemfelder benennen, die mit meiner neuen Aufgabe verbunden sein werden.

1951 in Immenstadt geboren, habe ich meine Kindheit und Jugend in Kempten verbracht und mich dort auch mehrere Jahre in der kirchlichen Jugendarbeit engagiert. Nach einer Ausbildung zum Kommunalbeamten, Fachabitur und Zivildienst in einer Behinderteneinrichtung und einer Suchtklinik habe ich an der Kath. Universität Eichstätt und der Uni Köln Diplom-Pädagogik mit den Nebenfächern Soziologie, Psychologie sowie Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft studiert.

1979 kam ich als Geschäftsführer und pädagogischer Leiter zur Kinderhilfe im Landkreis Weilheim-Schongau, damals einer zentralen Sondereinrichtung für behinderte und verhaltensschweringe Kinder und Jugendliche. Angeregt durch das Gutachten des Deutschen Bildungsrates zur Integration behinderter Kinder, nach zahlreichen internen Diskussionen und in ständigem Kontakt und Austausch mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), der Arbeitsstelle Frühförderung in München sowie dem Staatsinstitut für Frühpädagogik und örtlichen Kindergärten gelang es ab Mitte der 80er-Jahre, die zentrale Sondereinrichtung schrittweise in wohnortnahe, integrative, flächendeckende Einrichtungen umzuwandeln, in denen der in den Sondereinrichtungen erreichte fachliche Standard für die behinderten Kinder und Jugendlichen aufrechterhalten werden konnte.

Neben dieser Tätigkeit war ich mehrere Jahre in einem Beraterkreis des DJI zur Fragen der Integration, im Vorstand des Paritätischen in Bayern sowie im Jugendhilfe- und Sozialhilfeausschuss des Landkreises Weilheil-Schongau.

Mitglied der GEW bin ich seit über 35 Jahren, in denen ich am Aufbau der Hochschulgruppe in Eichstätt beteiligt war und des Öfteren an Fortbildungen mitgewirkt und Artikel u.a. für die DDS geschrieben habe.

Aus den Erfahrungen dieser Tätigkeiten möchte ich einige Problemfelder benennen, die meine zukünftige Tätigkeit bei der GEW mitbestimmen werden:

- Das Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) bedarf einer grundsätzlichen Überarbeitung, die sowohl die Belange der Kinder als auch die der Eltern, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Träger berücksichtigt. Hierzu gehören z. B. eine Verbesserung des Personalschlüssels, eine Anhebung des Basiswertes, eine Regelung für Vor- und Nachbereitungszeiten und zusätzliche Freistunden für LeiterInnen, Verankerung eines Fortbildungsanspruchs, eine verbesserte Förderung behinderter und benachteiligter Kinder und Jugendlicher und vieles mehr.
- Zahlreiche ungelöste Fragen ergeben sich auch rund um das Thema Ganztagschule und außerschulische Betreuung. Das derzeit bestehende Angebot reicht von gebundener und offener Ganztagschule über »normale« und verlängerte Mittagsbetreuung bis hin zu Horten und ist sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich seiner Finanzierungsstrukturen verwirrend.
- Die zunehmende Privatisierung des Bildungsbereiches gibt dem Bildungssystem zwar vereinzelt neue Impulse, sie führt aber auch zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und befördert Dumpinglöhne. Eine staatliche Förderung privater Einrichtungen muss zwingend von der Einhaltung etablierter Tarifverträge abhängig gemacht werden.
- Eine der größten Herausforderungen auch und gerade für das Bildungswesen stellt wohl die Umsetzung des »Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen« (Inklusion) dar, die nicht nur zu einer grundlegenden Veränderung aller Bildungsbereiche führt, sondern auch veränderte Ausbildungsinhalte und -systeme erfordert.

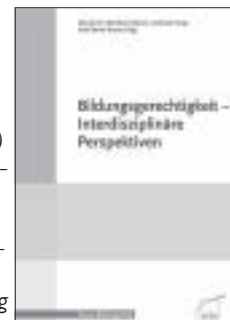
An der Lösung dieser Probleme zusammen mit den Gremien und Mitgliedern der GEW konstruktiv mitarbeiten zu können, darauf freue ich mich.

## Bildungsgerechtigkeit – Eine Ermutigung

Bildungsgerechtigkeit im Buchtitel – das weckt hohe Erwartungen gerade auch bei Gewerkschaftern. Interdisziplinäre Perspektiven deutet auf unterschiedliche Sichtweisen hin, die nicht zwingend miteinander so einfach vereinbar sind. Vorweg: Dieser achte Band ist der letzte der Reihe Forum Bildungsethik, der das Forschungsprojekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft »Das Menschenrecht auf Bildung – anthropologisch-ethische Grundlagen und Kriterien der Umsetzung« begleitet hat. Die Bände sind in den Jahren 2007 bis 2009 erschienen, die sich alle in irgendeiner Form mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit beschäftigen: Deutlich der erste Band »Das Menschenrecht auf Bildung und seine Umsetzung in Deutschland«, Band vier »Wann ist Bildung gerecht?«, Band sechs »Bildung, Politik und Menschenrecht« oder Band sieben »Bildung für junge Flüchtlinge – ein Menschenrecht.« Wie es sich für ein Forschungsprojekt geziemt, geht es um Erörterung, Kontroversen und Klärungen von Standpunkten. Im vorliegenden letzten Band der Reihe legt Marianne Heimbach-Steins, früher Professorin am Lehrstuhl Sozialethik der Universität Bamberg, jetzt Direktorin des Instituts für Sozialethik an der Universität Münster, sehr deutliche Spuren einer »Bildungsgerechtigkeit – die soziale Frage der Gegenwart. Eine Skizze«. Ihr Beitrag ist sicher ein deutlicher Markstein in der sozialetischen Diskussion über Bildungsgerechtigkeit. Auch ihr zweiter Beitrag »Menschenrecht auf Bildung, sozialer Bildungsauftrag katholischer Schulen und bil-

dungspolitische Verantwortung der Kirchen« sollte auch von GewerkschafterInnen interessiert gelesen werden. Sie schreibt z. B. zum Thema Elitebildung: »Zugespitzt gesagt: Wenn Elitebildung ein Ziel katholischer Schulen ist oder sein soll, muss sich dieses Ziel vereinbar bzw. konvergent mit dem Prüfkriterium der Option für die Armen erweisen lassen. Es liegt auf der Hand, dass bestimmte Elitekonzepte, etwa die Fokussierung auf Besitzeliten, nach diesem Kriterium von vornherein ausschließen.« (S. 180). Diese Aussagen lassen sich auch auf privat-wirtschaftliche und gemeinnützige Schulen übertragen, denn nicht jede gemeinnützige Schule ist wirklich offen für alle Kinder. Werner Schöning, Professor im Fachbereich Sozialwesen an der katholischen Hochschule in NRW, beschreibt in seinem Beitrag »Mangelnde Bildungsgerechtigkeit als politischer Skandal und soziales Problem – politische Strukturen und Handlungsstrategien« sehr eindrucksvoll die derzeitige Situation. Schöning bemerkt – aus meiner Sicht durchaus zutreffend – den Mangel an einer sozialen Bildungsbewegung. Er führt dies auf der einen Seite auf die Komplexität des Themas zurück und andererseits auf die Defizite in der »Repräsentation der Betroffenen«, spricht mangelnder Strukturen der Vertretung der betroffenen SchülerInnen, StudentInnen und Eltern. (vgl. S. 43) Hinzu kommt, wie Schöning schon früher ausführte, dass die »bislang privilegierten Schichten einer verstärkten Förderung der benachteiligten Kinder zustimmen« (müssten). (S. 44). Dies wäre – so meint Schöning – eine hohe

Marianne Heimbach-Steins, Gerhard Kruij, Axel Bernd Kunze (Hg.)  
*Bildungsgerechtigkeit – Interdisziplinäre Perspektiven.*  
 Reihe: Forum Bildungsethik, Band 8  
 W. Bertelsmann Verlag  
 Bielefeld 2009  
 29,90 Euro  
 ISBN 978-3-7639-3548-2



Anforderung, wie man ja gerade in den Städten feststellen kann, in denen Eltern gelegentlich extra in den Stadtteil ziehen, in dem eine für sie passende Schule anzutreffen ist. Schöning beschreibt auch die politische Realität der Veränderung von Bildungsinstitutionen: »Hinzu kommt erschwerend, dass staatliche Investitionen in die Bildung der Bevölkerung nur langfristig Erfolge zeitigen werden und daher für Politiker außerhalb ihres eigenen Zeithorizontes liegen, was angesichts der hohen Investitionskosten deren Elan spürbar bremst.« (S. 44). Weitere Beiträge beschäftigen sich unter dem Aspekt »bildungsökonomische Perspektiven«, »sozialethische Perspektiven« und »pädagogischen Perspektiven« mit weiteren Aspekten von Bildungsgerechtigkeit. Dieses Buch dient der breiten Diskussion über Bildungsgerechtigkeit, auch wenn die Beiträge über die bildungsökonomischen Perspektiven aus meiner Sicht der kritischen Ergänzung bedürfen. Trotzdem: Der Band ist eine Ermutigung, weiterhin für Bildungsgerechtigkeit zu streiten.

von Gerhard Endres

## Johann Adam Stupp: ... anders als die Hitlerjungen. Erinnerungen an meine Schulzeit im Zweiten Weltkrieg.

Dass es während der Kriegsjahre zur Hitler-Jugend (HJ) oppositionelle Jugendgruppen gab, war dem NS-Staat bekannt, der dagegen mit schärfsten Maßnahmen vorging. Auch wenn es nur in wenigen Fällen zum aktiven Widerstand kam, lag für ihn die Gefahr in der abweichenden, gegen die HJ-Erziehung gerichteten Sozialisation, die als »wehrkraftzersetzend« eingestuft wurde. Die aufbegehrenden Jugendlichen entstammten verschiedenen Milieus, wie der Arbeiterjugend, dem Wandervogel, katholischen Kreisen und der

»Swing-Jugend« des Bürgertums, fast nur in den Großstädten, in denen die Kontrolle der Staatspolizei und der Nazi-Volksgenossen der Unüberschaubarkeit halber lückenhaft blieb. Nonkonforme Zentren befanden sich in Berlin, Hamburg, München, Leipzig und im 1938 »angeschlossenen« Wien.

Johann Adam Stupp, Jahrgang 1927, in den Siebziger Jahren stellvertretender Landesvorsitzender und Kreisvorsitzender der GEW in Erlangen, erinnert sich in diesem Buch an seine Schulzeit in Wien, an

Lehrer und Mitschüler. Der Autor schildert, wie sich der von antifaschistischen Eltern motivierte Jugendliche mit seinen Freunden dem staatlichen Zugriff zu verweigern trachtete und wie es ihm gelang, sich dem Kriegsdienst zu entziehen.

Johann Adam Stupp:  
*anders als die Hitlerjungen. Erinnerungen an meine Schulzeit im Zweiten Weltkrieg*  
 Mayer Verlag • Erlangen/Jena 2009  
 88 Seiten • Brosch.  
 ISBN 978-3-9259-7879-8



## Amokläufer haben einen gesellschaftlichen Hintergrund

Das Thema Gewalt und Amok ist im Juniheft der DDS von verschiedenen AutorInnen ausführlich behandelt worden mit konkreten Anregungen, wie die Thematik von LehrerInnen und SchülerInnen sinnvoll aufgegriffen werden kann. Ergänzend dazu jetzt noch eine Rezension des vor kurzem im Münchner Pattloch Verlag erschienenen Buchs »... damit mich kein Mensch mehr vergisst!« von Götz Eisenberg.

Der Autor ist seit vielen Jahren Gefängnispsychologe und hat sich intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, was Menschen zu Gewalttätern werden lässt. Kein Täter ist ihm begegnet, bei dem die Ursachen des Verbrechens nicht auf Ereignisse in früher Kindheit zurückzuführen waren. Und auch Amokläufe und brutale Gewalt an Schulen, so Eisenberg, sind erklärbar und fallen nicht zufällig vom Himmel. Wer wahllos andere tötet und abschließend Selbstmord begeht, ist zuvor »einen sozialen Tod« gestorben. Das eigene Leben ist für den Täter sinnlos geworden, er fühlt sich vernachlässigt und wertlos und möchte, bevor er sich verabschiedet, möglichst viele mitnehmen, um so zu erreichen, dass die Mitwelt, die ihn bisher nicht beachtet hat, ihm endlich Aufmerksamkeit und Respekt zollt.

Eisenberg belegt diese Zusammenhänge detailliert anhand der Amokläufe an amerikanischen und deutschen Schulen und befürchtet, dass wir erst am Anfang einer Entwicklung stehen, da zunehmend Eltern mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert

sind. Da werden einerseits dem Nachwuchs oft alle Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt. Die Kleinen werden verwöhnt, mit Spielsachen überschüttet, bis dann eines Tages die Eltern nicht zur Verfügung stehen und die Jugendlichen scheitern, in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Begegnung mit dem anderen Geschlecht, und ihr Frust sich in Wut und Hass Bahn bricht. Oder aber die Eltern haben von Anfang an viel zu wenig Zeit und überlassen die Kinder sich selbst, die so ohne Bindung und Halt aufwachsen. Die Ursache für den wachsenden Zerfall familiärer Bindungen sieht Eisenberg in den Auswirkungen neoliberalen Wirtschaftens. Da werde flexibilisiert, privatisiert und dereguliert, da werde im Namen kurzfristiger Gewinne der Sozialstaat platt gemacht und den Menschen der »Schutz vor den Auswüchsen« des Kapitalismus genommen. Der »gewaltsame und menschenfeindliche Charakter einer basal auf Kälte, Konkurrenz und Gleichgültigkeit gestimmten Gesellschaft« werde vom Amokläufer gleichsam aufgedeckt, der Attentäter erweise sich somit »als die logische Verlängerung des einsamen Individuums in der universalen Konkurrenz unter den Bedingungen der Aussichtslosigkeit«.

Und was ist mit der Finanzblasen-Ökonomie?

Eisenberg sieht hier ebenfalls einen »einzigartigen Amoklauf«, allerdings einen Amoklauf des Geldes, dem es völlig egal

Götz Eisenberg:  
... damit mich kein Mensch mehr vergisst!  
Warum Amok und Gewalt kein Zufall sind.  
Pattloch-Verlag München 2010  
304 S.  
16,95 EUR  
ISBN 978-3-629-02250-9



ist, ob Hunderttausende von Arbeitsplätzen und Sparanlagen vernichtet werden, denn entscheidend sind hoch bezahlten Managern und ihren Auftraggebern allein die erzielbaren Renditen. Solange den »Schlups tragenden Amokläufern an den Finanzmärkten« nicht das Handwerk gelegt werde, sei auch weiterhin mit Opfern durch School-Shooting und andere Gewalttätigkeiten zu rechnen. Denn davon ist Eisenberg überzeugt: Amokläufe von Jugendlichen sind ein Reflex auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen und letztlich nur über durchgreifende sozialpolitische Reformen zu verhindern. Welcher Anteil dabei unserem Schulsystem zufällt, wird in einem der Schlusskapitel des Buchs sachkundig dargelegt.

Eisenbergs Untersuchung sollte in keiner Lehrerbibliothek fehlen, und wer sich ernsthaft mit dem Problem des Amoklaufs an Schulen beschäftigt, kann auf die Lektüre dieses Buchs kaum verzichten.

von Thilo Castner



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AjuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter [www.AjuM.de](http://www.AjuM.de) (LesePeter) abrufbar.

Im September 2010 erhält den LesePeter das Sachbuch

### Alexa Plass-Schmidt: Bloß keine Ferien

Mit Illustrationen von Margret Bernard  
KONTAKTE Musik Verlag Ute Horn e. K. • Lippstadt 2009  
82 Seiten • Taschenbuch • 7,80 EUR  
ab 9 Jahren • ISBN 978-3-89617-222-8

Ein ungewöhnlicher Wunsch, da sowohl SchülerInnen als auch LehrerInnen die unterrichtsfreie Zeit genießen. Doch es geht hier keineswegs um geplagte Eltern, sondern um die Rechte der Kinder. Vor zwanzig Jahren wurden sie von der UN festgelegt. Kennen wir diese Rechte? Beachten wir sie?

Sina, ein neunjähriges Mädchen aus einer netten Familie von nebenan, steht im Mittelpunkt der Erzählung, in der die vielen Ungerechtigkeiten des Alltags zu kaum bemerkten, aber ausgewachsenen Verstößen gegen die Kinderrechte werden.

### Neuerscheinung zum Globalen Lernen in der Grundschule

Unsere Berliner GEW-Kollegin Dr. Gisela Führung ist Mitherausgeberin einer Lernmappe mit CD mit Unterrichtseinheiten für die Klassen 1 bis 6. Die 43 Unterrichtseinheiten entstanden aus praktischem Einsatz. Sie sind nach den Themenbereichen »Identität und Vielfalt«, »Produkte unseres Alltags«, »Unser Weltbild«, »(Un-)Gerechte Welt«, »Wasser weltweit« und »Nachhaltiger Lebensstil« gruppiert. Der Textteil umfasst die didaktisch-methodische Einführung zu jeder Einheit; auf der CD finden sich zusätzlich die entsprechenden Materialien und Internetlinks.

Führung, Gisela/Kübler, Annette (Hg.):

Die Welt in unserer Schule.

Globales Lernen in der Grundschule im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Lernmappe mit CD. ASET e.V., Berlin 2010 (2. Auflage)

12,- Euro zzgl. Versandkosten

zu bestellen bei [gisela.fuehring@gmx.net](mailto:gisela.fuehring@gmx.net)

oder ASET e.V., Lenbachstr. 2, D - 12157 Berlin

## Ein Jahr im Ausland für Jugendliche aus Migranten- und Aussiedlerfamilien

### Achtung:

#### Bewerbungsschluss 15. Oktober 2010

Die Robert-Bosch-Stiftung fördert das SchülerInnenprogramm des AFS Interkulturelle Begegnungen e. V. für Jugendliche aus Einwandererfamilien in Deutschland mit Stipendien. Ziel dieses Programms ist die Einbindung von Jugendlichen aus Migrantenfamilien in die interkulturelle Idee des internationalen SchülerInnenaustauschs, um damit auch die Integration dieser Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft zu fördern.

Bewerbungsvoraussetzungen sind, dass die BewerberInnen bei Abreise zwischen 15 und 18 Jahre alt sind, dass sie im Oktober des Vorjahres in der Regel die 9., 10. oder 11. Klasse einer deutschen Schule (egal welchen Schultyps) besuchen oder bereits die Hauptschule abgeschlossen haben und dass mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist.

Bewerbungsschluss ist der 15. 10.2010 für eine Abreise im Sommer des Jahres 2011.

Weitere Informationen sowie die Möglichkeit, ein Bewerbungsformular herunterzuladen, gibt es über:

sara.tsudome@afs.org

#### Broschüre »Fotokopieren in Schulen«

Für das Fotokopieren in Schulen gelten neue Regeln. Grundlage hierfür ist eine Vereinbarung zwischen den Ländern und den Rechteinhabern, vor allem den Schulbuchverlagen und Bildungsmedienherstellern. Die neuen Regeln sowie Antworten auf verschiedene wichtige Fragen in diesem Zusammenhang finden sich in einer Broschüre dargestellt, der der VdS-Bildungsmedien e. V. kostenlos anbietet. Sie kann als Schulsatz zu 50 oder 100 Exemplaren direkt beim VdS Bildungsmedien bestellt werden. Einzelexemplare können von einer Website heruntergeladen werden.

VdS Bildungsmedien e. V.

Zeppelinallee 33 • 60325 Frankfurt am Main  
Tel. 0 69-70 30 75 • Fax: 0 69-70 79 01 69

verband@vds-bildungsmedien.de

www.schulbuchkopie.de

#### Durch unterschiedliche Brillen gleichzeitig schauen

Im Zusammenhang mit Globalisierung und Migration gewinnen vielfältige Zugehörigkeiten, aber auch eindimensionale Identitätsangebote für junge Menschen an Bedeutung. Ein Blick allein auf Gender, ethnische Zugehörigkeiten oder soziale Herkunft reicht nicht aus, um in komplexen Zusammenhängen handlungsfähig zu sein.

Die Mädchenarbeit erfordert eine mehrdimensionale Auseinandersetzung mit dem Phänomen Diskriminierung.

In einer Fortbildung für Fachfrauen wird

## Dies und Das

der Anti-Bias-Ansatz vorgestellt, der die Vision einer vorurteilsbewussten und diskriminierungsfreien Gesellschaft verfolgt. Ausgehend von der Auseinandersetzung mit eigenen Zugehörigkeiten, Vorurteilen und Diskriminierungserfahrungen, soll die Fortbildung dazu beitragen, eine diversitätsbewusste Haltung zu etablieren, erfahrungsorientierte Methoden zu erproben und eigene Ansätze zu entwickeln.

Termin: 07.10.2010 und 08.10.2010,  
jeweils 9.30-17.00 Uhr

Anmeldung: möglichst vier Wochen vorher, oder nachfragen, ob die Teilnahme noch möglich ist.

Kosten: 210 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

#### Spannende Methoden für Fallbesprechungen

Für die Besprechung einzelner Klientinnen oder Klienten im Gesamtteam oder im Kleinteam gibt es unterschiedliche Methoden der Fallarbeit. Die Methoden können helfen, wichtige Situationen zu erkennen und gemeinsam zu reflektieren. Auch können so auf kreative Weise Lösungen entwickelt werden.

Eine Fortbildung für Fachfrauen dient dazu, verschiedene Methoden kennenzulernen und sie einzuüben, sodass sie von den Teilnehmerinnen in den Einrichtungen angewendet werden können.

Beispiele für Methoden: Kleine Selbstklärung, Narren und Weise, Kollegiale Beratung mit Abwandlungen, Vier-Felder-Schema, »In die Schuhe schlüpfen«, Metaphern finden.

Termin: 14.10.2010 und 15.10.2010,  
jeweils 9.30-17.00 Uhr

Anmeldung: möglichst vier Wochen vorher, oder nachfragen, ob die Teilnahme noch möglich ist.

Kosten: 160 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

#### Männer und Frauen, Mädchen und Jungs – überall über Kreuz

Erlebnispädagoge: »Ich finde es toll, wenn Mädchen eine Ansicht von einem Mann bekommen.« Psychotherapeutin, früher Erzieherin: »Ich machte viel unbeabsichtigte Bubenarbeit.« So äußern sich InterviewpartnerInnen in einer Studie zur Überkreuzpädagogik in Deutschland und Österreich, also zur pädagogischen Begegnung von Frauen mit Jungen und von Männern mit

Mädchen aus dem Jahre 2009. In einem Vortrag für Fachfrauen und Fachmänner werden Ergebnisse dieser Studie vorgestellt und diskutiert: Wie entstand die geschlechterreflektierende Überkreuzpädagogik? Wie steht sie in Bezug zu Mädchen- und Jungenarbeit? Auf welche Anliegen oder Unsicherheiten von pädagogisch tätigen Frauen und Männern reagiert sie? Welche regionalen Besonderheiten fallen bezüglich Cross-Work in verschiedenen Regionen Deutschlands und Österreichs auf? Welches Wissen dazu wird in Fortbildungen vermittelt?

Termin: 20.10.2010, 14.00 - 17.00 Uhr

Kosten: 30 EUR

IMMA, Kontakt- u. Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München  
Tel. 0 89-23 88 91 20

kontakt.informationsstelle@imma.de

#### Leporello gegen rechtes Gedankengut

Um Formen von Intoleranz und rechtsextremistischem Gedankengut begegnen zu können, hat die IG BCE ein Leporello erarbeitet, in dem Argumente und Argumentationshilfen veröffentlicht sind. Das Leporello hat sich in der Praxis bewährt und kann als Printversion bei der Gewerkschaft IG BCE unentgeltlich angefordert werden und zwar bei:

giovanni.pollice@igbce.de

#### Leitfaden »Interkulturell on Tour«

In »Interkulturell on Tour« werden die Erfahrungen zusammengefasst, die sechs Projektträger der internationalen Jugendarbeit bei der gemeinsamen Planung und Durchführung ihrer Projekte gesammelt haben (transfer e. V., IJAB, Naturfreundejugend Deutschlands, Jugend für Europa, Deutsche Sportjugend und VIA e. V.). Entstanden ist ein Leitfaden, der nicht nur bei der praktischen Planung und Durchführung hilft, sondern auch über die interkulturelle Öffnung von Jugendorganisationen aufklärt. Wie gehe ich mit Abrechnungen, Fahrtkosten oder sprachlichen Hürden um? Welche Unterschiede ergeben sich durch heterogene Gruppen? Wie beziehe ich Eltern mit ein? Auf diese und viele weitere Fragen, die bei der Arbeit mit jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auftreten, wissen die AutorInnen eine Antwort. Sie haben einen in gemeinsamen Netzwerken zwischen Jugendverbänden und Migranten(selbst)organisationen erprobten und anwendungsorientierten Begleiter für die internationale Jugendarbeit geschrieben, unter wissenschaftlicher Begleitung der Fachhochschule Köln.

Zielgruppe des Leitfadens sind MultiplikatorInnen der Jugend- und Erwachsenenbildung, LehrerInnen, MultiplikatorInnen in der Migrationsarbeit.

Weitere Informationen unter

www.wochenschau-verlag.de

Für die Schule - Ethik-/Deutschunterricht: Eine Arbeitshilfe des Bayerischen Flüchtlingsrats:

## [sweet:home] Leben in zwei Welten

DVD 30 min

Die DVD kann im Ethik-, aber auch im Deutschunterricht eingesetzt werden, um mit Jugendlichen Themen wie Rassismus, Migration und Flucht, aber auch Identität ganz allgemein zu diskutieren. Das gemeinsame Alter der Protagonistinnen und der Schülerinnen sowie die unkonventionelle Art, diese Themen anzugehen, werden den Einstieg in die Erörterung erleichtern.

Bei Bedarf kann zur Vertiefung jederzeit beim Bayerischen Flüchtlingsrat – Träger dieses Projekts – um den Besuch einer ReferentIn in einer Klasse gebeten werden.

Die DVD spiegelt sowohl den Arbeitsprozess als auch die Umsetzung des Projekts [sweet:home] wieder. [sweet:home] ist ein Tanz-Theaterstück, das im Zeitrahmen von zweieinhalb Monaten entworfen und auf die Bühne gebracht wurde. Die Darstellerinnen sind Mädchen im Alter zwischen 7 und 18 Jahren, deren Eltern aus

verschiedenen Ländern nach Deutschland gekommen sind. Manche von ihnen leben in Flüchtlingsunterkünften, andere sind hier geboren und in »normalen« Verhältnissen aufgewachsen – in Häusern, zu denen es Schlüssel gibt und in denen man keinen Beamten darum bitten muss, dass man über Nacht wegbleiben oder Besuch empfangen darf. Aber ihnen allen ist gemein, dass sie zwischen zwei Sprachen, zwischen zwei Kulturen, zwischen zwei Welten ihre Heimat haben. [sweet:home] ist der Versuch, diese Welten, Erinnerungen, Träume, Probleme und Zukunftsvorstellungen spielerisch zu erkunden und in Bilder umzusetzen. Das Stück, das dabei entstand, arbeitet ausschließlich mit dem, was die Mädchen in Improvisationen oder Gesprächen preisgeben.

Der Film dokumentiert einen Teil dieses Weges und schafft es, die Mädchen in



einer Collage aus Probe- und Aufnahmeannahmen und einzelnen Interviews zu porträtieren. Das Booklet ergänzt diese Aufnahmen mit Material, das für sich allein steht. Die DVD kann kostenlos beim Bayerischen Flüchtlingsrat bestellt werden:

Bayerischer Flüchtlingsrat  
Augsburger Straße 13 • 80337 München  
Tel. 0 89-76 22 34  
Fax: 0 89-76 22 36  
kontakt@fluechtlingsrat-bayern.de

## Alles auf dem Schirm? Jugendliche in vernetzten Informationswelten

6. Interdisziplinäre Fachtagung am **12. November 2010** • 11.00 - 18.00 Uhr

Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) • Heinrich-Lübke-Str. 27 • 81737 München

Das Medien eine, wenn nicht gar **die** zentrale Informationsinstanz für Jugendliche sind, ist unstrittig. Wie sich Jugendliche die heute verfügbaren Informationsnetze zunutze machen, nach welchen Kriterien sie aus der Fülle auswählen, welche Informationen sie selbst verbreiten und

unter welchen Bedingungen sie daraus Gewinn ziehen oder in Problemlagen geraten, das sind Fragen, die für die Medienpädagogik wichtig sind. Denn der Umgang mit medialer Information hat hohe Relevanz für eine souveräne Lebensführung in der mediatisierten Gesellschaft.

Die Interdisziplinäre Tagung 2010 des JFF will zur Klärung dieser Fragen beitragen und so die Entwicklung angemessener (medien-)pädagogischer Handlungsstrategien gegenüber und in den medialen Informationsnetzen anregen. Programm und Anmeldung unter: [www.jff.de](http://www.jff.de)



SIN – Studio im Netz e.V. veröffentlicht

### »Blitzbilder ... ein Sprachlernspiel«

... besonders geeignet für Kindertageseinrichtungen mit Kindern nichtdeutscher Herkunft

Die medienpädagogische Einrichtung SIN – Studio im Netz e.V. hat ein interaktives Lernspiel mit dem Titel »Blitzbilder ... ein Sprachlernspiel« veröffentlicht. Mit dessen Hilfe können einfache Begriffe der deutschen Sprache auf spielerische Weise am Computer vermittelt werden. Das

Spiel wurde insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund im elementarpädagogischen Bereich konzipiert, um so früh wie möglich die Freude am Erlernen der neuen Sprache zu fördern. Es werden aber auch spielerische Anreize für deutschsprachige Kinder geboten.

Kernaspekt des Lernspiels bildet das Erraten von Bildern und die richtige Zuordnung des deutschen Begriffes zu dem jeweils erkannten Bild. Insgesamt gibt es 54 Begriffe, aufgeteilt in 3 Kategorien. Als Hilfestellung bietet das Programm die Möglichkeit, den Begriff auch in der eigenen Sprache zu hören. Dabei stehen die Sprachen Arabisch, Englisch, Griechisch, Russisch, Spanisch und Türkisch zur Verfügung. Hiermit ergibt sich auch ein Mehrwert des Spiels, denn einen Begriff in verschiedenen Muttersprachen zu hören, bereitet den Kindern Freude und schafft integrative Momente.

Natürlich soll beim Lernen der Spaß nicht zu kurz kommen. Deshalb wurde viel Wert auf einfache visuelle Aspekte gelegt. Das Design wurde so gestaltet, dass es zum schnellen Erkunden anregt und nicht überfordert. Bewusst wurde deshalb auf schriftliche oder sprachliche Erklärungen verzichtet, um Sprachbarrieren von Anfang an zu vermeiden. Zudem gibt es in jeder Lerneinheit ein sogenanntes Minigame, welches das Erarbeiten einer Einheit belohnen und zugleich zum Weiterspielen anregen soll.

Bei der Entstehung von »Blitzbilder ... ein Sprachlernspiel« wurde mit verschiedenen Münchener Kindergärten und Horten zusammengearbeitet. Dabei entstanden zum einen die vielen schönen Kinderzeichnungen, die es zu erraten gilt. Zum anderen wurden die Begriffe gemeinsam mit Kindern und deren Eltern vertont, deren Muttersprache eine der sechs Fremdsprachen im Spiel ist.

Auf der Webseite [www.blitzbilder-spiel.de](http://www.blitzbilder-spiel.de) findet man neben allgemeinen Informationen, wie Spielbeschreibung und -anleitung, auch Materialien und Anregungen zur Ergänzung des Lernspiels sowie Empfehlungen und Links zu den Themenbereichen Spracherwerb, didaktisches Material und medienpädagogisch Interessantes.

Altersempfehlung: 3+ • Preis: 12,95 EUR zzgl. Versand



# Interessante Veranstaltungen ab September 2010

Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an Susanne Glas in der GEW-Landesgeschäftsstelle: susanne.glas@gew-bayern.de

17.09.10	»Gemeinsam kämpfen – Gemeinsam feiern« Sommerfest der GEW München, mit Balkan-Brass-Band (s. nächste Seite unten).	Sommerfest	München DGB-Haus, ab 16.00 Uhr
30.09.10	Die Nürnberger Rassengesetze Mit Reinhard Frankl, Mitglied des Landesvorstandes der GEW Bayern. Eine Veranstaltung der GEW Nürnberg in Kooperation mit ver.di.	Infoveranstaltung	Nürnberg DGB-Haus, KIBS 19.00 Uhr
14.10.10	Die Förderberufsschule Herzogsägmühle. Mit Thomas Stalter. Eine Veranstaltung der GEW Garmisch-Partenkirchen/Weilheim-Schongau.	Infoabend	Peiting Gasthaus Dragoner Jägerstube, 19.30 Uhr
15.-16.10.10	Neumitgliederseminar. Die GEW – Personal, Politik und Perspektiven kennenlernen.* Mit Monika Hartl und Wolfgang Nördlinger.	Seminar	Augsburg Jugendherberge
22.-23.10.10	Die Rolle des Gymnasiums im Bildungssystem. Jahresseminar der AG Perspektiven.* (Näheres dazu gibt es in der Oktober-DDS)	Seminar	Regensburg Kolpinghaus
23.10.10	Bildung anders 19: Schule der Zukunft – Jetzt!* Mit Reinhard Kahl, Journalist + Filmemacher (Interview mit ihm in nächster DDS!). Infos + Anmeldung unter www.gew-unterfranken.de oder gewwue@aol.com	Fortbildung	Würzburg
30.10.-3.11.10	Auslandsfahrt: Das Bildungssystem in Südtirol. */** Für GEW-Mitglieder und Interessierte. Mit Sachverständigen vor Ort.	Bildungsfahrt	Südtirol

München: siehe immer auch: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de). Weitere Informationen über unsere Mailinglist, Eintrag jederzeit widerruflich! Bitte per E-Mail anfordern.

\* Anmeldung erbeten, falls nicht anders angegeben: GEW-Geschäftsstelle, Susanne Glas, [susanne.glas@gew-bayern.de](mailto:susanne.glas@gew-bayern.de), Tel. 0 89-54 40 81 16, Fax: 0 89-5 38 94 87  
\*\* Teilnahmegebühr

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Augsburg 

## Zur Aktualität der Kritischen Theorie

Eine Einführung in grundlegende Fragestellungen der Kritischen Theorie

Die Vorwürfe an die Kritische Theorie sind bekannt: Anstatt sich mit den revolütierenden StudentInnen zu solidarisieren, hätten deren Vertreter sich aus der Praxis in die Kunst und den Konservatismus geflüchtet und sich ausschließlich der Produktion von nur schwer zugänglicher Theorie gewidmet. Zudem belege bereits das dunkle und pessimistische Hauptwerk »Dialektik der Aufklärung«, dass die Kritische Theorie die Möglichkeit der Einrichtung einer besseren Gesellschaft verworfen habe.

Gegen diese Lesart der Kritischen Theorie sollen in einem Seminar, das die GEW Augsburg organisiert, grundlegende Fragestellungen der Kritischen Theorie, vor allem der Haupttheoretiker Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, vorgestellt werden. Es soll diskutiert werden, ob die Kritische Theorie nicht gegen die schon lange verselbstständigte »dunkle« Interpretation nach wie vor ein gesellschaftskritisches Potenzial birgt.

Adornos Text »Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft« steht im Mittelpunkt des Seminars. Davon ausgehend werden wir uns damit auseinandersetzen, wie die Kritische Theorie das Verhältnis von Staat, Gesellschaft, Individuum und Kultur/Kulturindustrie im Übergang vom liberalen zum verwalteten Kapitalismus versteht. Es wird zu fragen sein, wie die Kritische Theorie zum Verständnis aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen beitragen kann.

Hat sich unsere Gesellschaft von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft entwickelt? Machen moderne Kommunikationsmedien, an denen frei partizipiert werden kann, den Begriff der Kulturindustrie überflüssig? Oder kommt Begriffen wie Spätkapitalismus und Kulturindustrie auch heute, unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, noch eine Bedeutung zu?

Seminartage: **Freitag, 26. November 2010, 18 - 20.30 Uhr und**

**Samstag, 27. November 2010, 9.30 - 16.30 Uhr**

Ort: **Universität Augsburg**, genauer Raum wird noch bekannt gegeben

Seminargebühr: ermäßigte Teilnahmegebühr von 10 Euro für GEW-Mitglieder, Studierende und Arbeitslose; ansonsten 15 Euro

Falls gewünscht, unterstützen wir Seminarteilnehmende von außerhalb bei der Suche nach einer Unterkunft.

Anmeldung erforderlich über die GEW-Geschäftsstelle Augsburg • Schaetzlerstr. 13 1/2  
86150 Augsburg • Fax: 08 21-51 45 02 • E-Mail: [gew-augsburg@freenet.de](mailto:gew-augsburg@freenet.de)

TeamerInnen: Marc Grimm (Dipl.-Pol.), Barbara Umrath (Dipl.-Päd.)

Veranstaltet vom GEW-Kreisverband Augsburg und der GEW-Hochschulgruppe Augsburg

**30 Jahre  
Freinetpädagogik Bayern –  
Immer noch der Zeit voraus**

**08. - 10. Oktober 2010  
Burg Hoheneck  
Das besondere Treffen!**

Vor 30 Jahren war Schule fast genauso wie heute! Seitdem suchen wir nach Lösungen im und neben dem staatlichen Schulsystem. Seitdem sind wir kind- und praxisorientiert. Seitdem lassen wir unsere Ballons und Gedanken fliegen. Seitdem machen Freinetwochenenden Spaß! Wir wollen mit euch feiern! An viele schöne Treffen erinnern, ehemalige MitsstreiterInnen treffen ...

Das Besondere an diesem Treffen:  
Samstag 14.00 - 18.00 Uhr  
Öffentlicher Teil mit Gästen, besonderen Angeboten, Band

Angebote:

Abenteuerpädagogik • Band • Bauchladentheater  
• Burrgeschichte • Druckerei • Experimente •  
Fotoausstellung • Freies Schreiben • Paul Klee und  
Haiku • Heißluftballon • Jubiläumszeitung •  
Lernzirkel Einführung in die Freinetpädagogik •  
Politischer Aspekt • Stomp • Schnitzen • Tanz ...  
und wie immer, alle spontanen Angebote

Angebote, Kosten- und Orgafragen an:  
**Markus Gleixner • [fluxxxus@web.de](mailto:fluxxxus@web.de)**  
oder **09 11-7 87 943 8**  
Anmeldung bis **20.09.2010** an  
**hermann.hagel@t-online.de** oder  
**Hermann Hagel, Bergstr. 3, 90537 Fucht**

## Herzlichen Glückwunsch!

Wir gratulieren allen Kolleginnen und Kollegen, die im September Geburtstag feiern, ganz besonders

- Friedrich Konrad**, Altdorf, zum **89**.  
**Praxedis Aehlig**, Deisenhofen, zum **88**.  
**Werner Hübner**, Fürth, und  
**Alwin Sandmaier**, Augsburg, zum **83**.  
**Erika Stanka**, Treuchtlingen, zum **76**.  
**Irmgard Schäfer**, München, zum **75**.  
**Eline Pickelmann**, Seefeld, zum **74**.  
**Gerhard Glaser**, München, und  
**Haydar Isik**, Maisach, zum **73**.  
**Christel Vogelsang**, Rednitzhembach, zum **72**.  
**Horst Gemeinhardt**, Baidersdorf,  
**Klaus Liebig**, München,  
**Dr. Johann Neuberger**, Kempten,  
**Dankwart Reining**, Bayreuth, und  
**Hartmut Scheler**, Coburg, zum **71**.  
**Elke Funke**, München,  
**Gerlinde Koemstedt**, Memmingen,  
**Gudrun Rabien**, Nürnberg, und  
**Albrecht Wilhelm**, Regensburg, zum **70**.  
sowie zum **65**.  
**Marianne Cipolla**, München,  
**Ulla Knirsch-Wimmer**, München,  
**Barbara Ruckhäberle**, Hettenshausen,  
**Maria Winiger**, Kaltental,  
**Nöck Burmeister**, München,  
**Bernd-Dieter Fischer**, Nürnberg,  
**Richard Reisch**, Großaitingen,  
**Hartmut Träger**, Fürth, und  
**Ernst Johannes Wittner**, München.



## Herzlichen Dank

sagen wir allen, die der Gewerkschaft seit vielen Jahren die Treue halten. Im September gilt unser Dank ganz besonders

- Elfriede Bode**, München, für **60 Jahre** Mitgliedschaft,  
**Erika Schiller**, Aschaffenburg, für **50 Jahre** Mitgliedschaft,  
**Christine Bachmann**, Ettlingen,  
**Birgit Hesse-Kalafatis**, Ingolstadt,  
**Elke Völkman**, München,  
**Ernst Friedlein**, Haag,  
**Ernst Gründl**, Wurmannsquick,  
**Erhard Hanauer**, Neunkirchen,  
**Herbert Langen**, Landsberg, und  
**Dieter Pfeifer**, Bamberg, für **40 Jahre** Mitgliedschaft,  
sowie für **35 Jahre** Mitgliedschaft  
**Judith Barnickel**, Nürnberg,  
**Hannelore Haberkorn**, München,  
**Astrid Justus**, Nördlingen,  
**Hans Beisser**, München,  
**Alois Forster**, Schrobenhausen,  
**Anton Kuhn**, Weiden,  
**Dieter Schaefer**, Fürth, und  
**Walter Vogel**, Nürnberg.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft München  
die Bildungsgewerkschaft



### Zukunft gestalten: Für eine schlagkräftige GEW in München

Unter diesem Motto findet  
**am Samstag, dem 30.10.** im Gewerkschaftshaus  
ein Workshop der Münchner GEW statt.

Von 9.30 bis 16.00 Uhr werden in Form von  
Themenstationen drei Themenblöcke diskutiert:

1. Bildungspolitik: Wo stehen wir, wo wollen wir hin?
2. Was läuft gut, was läuft schlecht in der GEW?
3. Arbeitsbedingungen der verschiedenen Bildungsprofessionen

Die Ergebnisse des Workshops sollen nach Möglichkeit in  
Anträge an die Mitgliederversammlung münden und Grundlage  
für Arbeit der Münchner GEW in den nächsten Jahren sein.

Bitte merkt euch den Termin schon vor • Anmeldung bis 15.10. im Büro der  
Münchner GEW; Tel.: 0 89-53 73 89; E-Mail: gew-sv-muenchen@link-m.de



Egal ob Neumitglied oder »alter Hase«, ob Aktive oder  
»Karteileiche«, ob Kollegin in spe oder Sympathisantin, auf unserem  
Fest können wir zwanglos zusammenkommen, ratschen, KollegInnen  
treffen, uns informieren, Musik hören, tanzen, essen, Fotos ansehen  
und die GEW einmal anders erleben.  
Live wird die Balkan-Brass-Band »Balkanauten« spielen, dazu gibt es  
noch eine Überraschung für PyromannInnen.

Das Fest findet bei jedem Wetter in den **Jugendräumen des  
DGB-Hauses** statt. Beginn ist kinderfreundlich um 16.00 Uhr.

# Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • Fax: 0 89/5 38 94 87 • KJ@bayern.gew.de

**Ansbach** Termine/Informationen: [www.gew-ansbach.de](http://www.gew-ansbach.de)  
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

**Aschaffenburg/Miltenberg** Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf: [www.gew-aschaffenburg.de](http://www.gew-aschaffenburg.de)  
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 95/99 50 49

**Augsburg** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2  
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

**Bad Neustadt** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

**Bad Tölz/Wolfratshausen** Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried  
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

**Bamberg** Termine/Themen der Treffen siehe: [www.gew-oberfranken.de](http://www.gew-oberfranken.de)  
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

**Bayreuth** jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag im Monat oder nach Ferien, 20.00 Uhr Stammtisch u. Vorstandstreff, Mann's Bräu, Friedrichstraße, Bayreuth  
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

**Coburg** jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Gaststätte Loreley, Herrngasse, Coburg  
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 0 95 61/79 92 13, [gew-coburg@web.de](mailto:gew-coburg@web.de)

**Donau-Ries/Dillingen** mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd: DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth  
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

**Erding** Stammtisch jeden dritten Mittwoch des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr im Bräustüberl Grünbach  
Kontakt: Peter Caspari ☎ 0 81 24/92 37, [peter.caspari@t-online.de](mailto:peter.caspari@t-online.de)

**Erlangen** jeden Dienstag Sprechstunde von 17.30 - 18.30 Uhr Arbeitslosenberatung: j.d. 1. + 3. Mittwoch im Monats, 17-19 Uhr, Friedrichstr. 7  
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, [www.gew-erlangen.de](http://www.gew-erlangen.de)

**Forchheim** jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Meierhof, Bammersdorferstr. 1  
Kontakt: Markus Weinberger, ☎ 0 91 91/97 44 51

**Fürth** jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße  
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

**Haßfurt** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Alte Schule  
Kontakt: Walter Richter, ☎ 0 95 23/76 89

**Ingolstadt** erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt  
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

**Kempten** jeden 1. Dienstag im Monat  
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

**Lindau** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

**Main-Spessart** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

**Memmingen/Unterallgäu** jeden 1. Schuldonnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Memminger Waldhorn, Waldhornstr. 11, Memmingen  
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/8 31 92 81, [gew-unterallgaeu@gmx.de](mailto:gew-unterallgaeu@gmx.de)

**Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick** jeden Dienstag, 21.00 Uhr  
Kontakt: Geschäftsstelle BV Mittelfranken, ☎ 09 11/6 58 90 10

**München Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

**München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Jürgen Pößnecker, ☎ 0 89/66 80 91

**München Fachgruppe Gymnasien** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Andreas Hofmann, ☎ 0 89/7 25 83 94

**München Fachgruppe Hochschule und Forschung** Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr  
Kontakt: [sabine.herzig@gew-bayern.de](mailto:sabine.herzig@gew-bayern.de)

**München GEW-Hochschulgruppe** (s.a. FG Hochschule und Forschung)  
Kontakt: [gew-schaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-schaften-kontakt@stuve.uni-muenchen.de)

**München Fachgruppe Realschulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, [fam.lungmus@t-online.de](mailto:fam.lungmus@t-online.de)

**München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe** Termine: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Stefan Teuber, ☎ 0 89/36 72 77

**München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus  
Programm: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)  
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

**München Lehramtskampagne an der Uni** Sprechstunde Dienstag 10.00 - 12.00 Uhr in der SIB im AstA der LMU, Leopoldstr. 15, Kontakt: [gew-la@stuve.uni-muenchen.de](mailto:gew-la@stuve.uni-muenchen.de)

**München AK Personalräte und Vertrauensleute** monatliche Treffen, Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

**München Aktion Butterbrot** Treffen im DGB-Haus, Termine: [www.aktionbutterbrot.de](http://www.aktionbutterbrot.de)  
Kontakt: [aktion-butterbrot@web.de](mailto:aktion-butterbrot@web.de)

**München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM)** Treffen nach Vereinbarung  
Kontakt: [daniela.kern@ajum.de](mailto:daniela.kern@ajum.de), ☎ 01 70-5 43 04 55

**München AK »friedliche Schule«** 1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: [StephanLip@web.de](mailto:StephanLip@web.de)

**Neumarkt/Oberpfalz** Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice  
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

**Neu-Ulm/Günzburg** Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöhringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm  
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

**Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

**Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen** Termine und Infos unter [www.gew-nuernberg.de](http://www.gew-nuernberg.de)  
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

**Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken** Termine und Infos unter: [www.gew-fachgruppe.de.vu](http://www.gew-fachgruppe.de.vu)  
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

**Nürnberger Land** Termine auf Anfrage  
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

**Pfaffenhofen** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern  
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

**Regensburg** jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18  
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

**Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di** alle zwei Wochen dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>  
Kontakt: Jan Bundesmann, [jan.bundesmann@gmx.de](mailto:jan.bundesmann@gmx.de)

**Rosenheim/Kolbermoor** jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Mareis in Kolbermoor  
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, [www.gew-rosenheim.de](http://www.gew-rosenheim.de)

**Schweinfurt** jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr,  
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

**Selb** jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße  
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

**Starnberg** jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.30 Uhr, Herrsching, KommHer, Luitpoldstraße, alte Volksschule  
Kontakt: Werner Siegl, ☎ 0 81 52/35 06

**Sulzbach-Rosenberg** jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, Gaststätte Sperber  
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

**Weiden** jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Gaststätte Naber, Ackerstr. 20, [gew\\_wen-new-tir@gmx.de](mailto:gew_wen-new-tir@gmx.de)  
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

**Weißenburg (Mfr.)** jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, Casino  
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

**Würzburg** jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube  
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

[www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de) ... [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de)